

Er scheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Austr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 6222.

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitspalte oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Emil Vt, Nr. 4106.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Weuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 14. Januar 1892.

Expedition: Weuth-Strasse 3.

### Der internationale Sozialistische Arbeiterkongress von 1893.

Nachdem sowohl die Ende Oktober letzten Jahres in Luzern stattgehabte Delegiertenversammlung des Grünlivereins als der Ende November in Ulten versammelte sozialdemokratische Parteitag ihren Komitees den Auftrag erteilt, gemeinschaftlich mit dem Gewerkschaftsbund die Vorbereitungen zum internationalen Kongress des Jahres 1893 besorgerlichst in die Hand zu nehmen, hat der Vorstand des Gewerkschaftsbundes in den letzten Tagen des abgelaufenen Jahres die beiden Komitees auf heute Vormittag zu einer Konferenz nach Zürich eingeladen, um die leitenden Schritte zur Organisation des nächstjährigen internationalen sozialistischen Arbeiterkongresses zu thun.

In dieser Konferenz ergab sich eine höchst erfreuliche Uebereinstimmung der Ansichten über das, was zunächst zu thun sei.

Was den Kongressort betrifft, so war man einstimmig für Zürich. Die Berner Genossen insbesondere erklärten, daß sie nie daran gedacht hätten, mit Zürich ernstlich konkurrieren zu wollen. Es ist freilich richtig, daß, wie Bern eine spezifisch schweizerische Stadt ist, so auch die dortige Arbeiterbewegung einen durchaus schweizerischen Charakter hat, und insofern wäre es gewiß für unsere ausländischen Genossen von Interesse gewesen, auf Berner Boden zum nächsten internationalen Proletarier-Parlament zusammenzutreten. Auch der Umstand, daß Bern als Bundesstadt und Sitz der Bundesbehörden (inkl. Generalanwalt) die beste Gelegenheit geboten hätte, den leitenden Kreisen unseres Landes die „rothen Revolver“ einmal in Bern zu zeigen, hätte von Gunsten dieses Ortes ins Gewicht fallen können. Allein alle praktischen Momente — und auf die kommt es in dieser Frage ja allein an — sprachen für Zürich, das nun einmal nicht bloß in der Schweiz, sondern in ganz Europa als Vorort der Demokratie gilt, vielen unserer Genossen aus allen Ländern aus ihren Lehr- und (freiwilligen oder unfreiwilligen) Wanderjahren persönlich bekannt und lieb ist, die stärkste Arbeiterbewegung unseres Landes besitzt, einen durchaus internationalen Charakter trägt und über die meisten Kräfte verfügt, die nun einmal nötig sind, um einen internationalen Kongress richtig zu organisieren und durchzuführen. Wenn wir unsere Genossen darum nach Zürich einladen, so verbinden wir damit zugleich den Gedanken der Revanche für das gegen den 1. J. nach Zürich einberufenen internationalen Kongress erlassene Verbot und beweisen so unseren Gesinnungsgenossen von nah und fern, daß jene Zeiten vorbei sind und unsere Ideen seither also auch in der Schweiz Fortschritte gemacht haben.

Und da das Sprichwort sagt: Kein Geld, kein Schweizer, haben wir auch gleich an die Beschaffung der Geldmittel gedacht, die so ein Kongress verlangt. Der Vor-

stand des Gewerkschaftsbundes hatte bereits ein provisorisches Budget aufgestellt und zugleich auf Mittel und Wege Bedacht genommen, die nötigen Summen aufzubringen. Sein Vorschlag, zu diesem Zwecke Marken herstellen und durch die verschiedenen Arbeitervereine unseres Landes vertreiben zu lassen, fand allgemeine Zustimmung.

In Betreff der Zusammensetzung des Organisationskomitees des Kongresses wurde ebenfalls einstimmig beschlossen, je 5 in Zürich wohnende Mitglieder jedes der drei Zentralverbände in dasselbe zu wählen, und am Ende dieser Woche werden sich diese 15 Mann konstituieren, um sich dann sofort den Genossen des In- und Auslandes durch einen Aufruf vorzustellen. Aus den betreffenden Namen wird man ersehen, daß die Organisation des nächsten internationalen Arbeiterkongresses in zuverlässigen Händen liegt, welche volle Garantie bieten für tüchtige, gewissenhafte Arbeit.

Was schließlich die Ausführung des Beschlusses des Brüsseler Kongresses, betreffend das internationale Arbeiterssekretariat, betrifft, so wurde, wiederum einstimmig, der Bundesvorstand des Gewerkschaftsbundes, resp. der Sekretär desselben, bis auf Weiteres mit dieser Mission betraut.

Endlich benutzte man den günstigen Anlaß noch dazu, eine einheitliche Organisation der diesjährigen Maidemonstration zu inszenieren, um einen möglichst imposanten Verlauf und nachhaltigen Erfolg derselben zu sichern. Mit der Ausführung der hierzu gehörigen Anordnungen wurden die Berner betraut, deren vor einem und zwei Jahren bewiesene Energie uns für einen kräftigen und geschickten Vollzug bürgt.

Unsere Genossen mögen daraus ersehen, daß wir Schweizer in der That, wie wir sowohl in Paris als in Brüssel je und je einheitlich aufgetreten, auch bei der Organisation des nächstjährigen Kongresses einträchtig zusammen zu arbeiten gewillt sind, um soviel an uns liegt, treu mitzuwirken an der endlichen Befreiung der Völker aus der Sklaverei des Kapitalismus.

St. Gallen, 11. Januar 1892.

Paul Brandt

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Januar.

„Wer hat angefangen?“ Das war die Frage, welche heute im Reichstage die Diskussion beherrschte, und zwar handelte es sich darum, von welcher Seite in Deutschland der Boykott als Kampfmittel in die politische Bewegung eingeführt wurde. Von den Bourgeois-Abgeordneten und zwar speziell von den Herren Dr. Hartmann, dem Brautreibdirektor Köstke und dem Fabrikanten Möller, wurde natürlich behauptet, daß die sozialdemokratischen Arbeiter das Karmickel gewesen seien. Es waren wahre Räubergeschichten, welche die Herren über den

„Terrorismus der Arbeiter“ unter dem die Unternehmer zu leiden haben, vortrugen und besonders Herr Köstke besand sich in der Rolle des Wolfes, dem das Lamm das Wasser getrübt hatte, ganz in seinem Element. Selbstdit wurde den Herren Unternehmern vom Bundesrathstisch aus durch den Staatssekretär von Bötticher. Dieser Herr Minister, welcher schon vor Jahren durch einen Jurat die Erklärung unseres Genossen Bebel bestätigt, daß die Herren vom Bundesrath eigentlich nur die Kommi der herrschenden Klasse, als der Bourgeois, seien, er fand gestern es durchaus in der Ordnung, daß in Staatsbetrieben sozialmoralische Arbeiter eingeschlossen sind. Das wäre kein Boykott, sondern nur die Ausübung des legalen Rechtes, das jedem Unternehmer also auch Staatsbetrieben, zusteht: sich die Arbeiter auszuwählen, welche ihnen am besten zusagen. Diese vom Bundesrath nicht als proklamirte Verfolgung der Meinungs- und Uebersetzungsfreiheit durch das Mittel der Hungerpeitsch, erschreckte besonders den Abgeordneten Schrader, in dessen Harmoniepeise es einen unangenehmen Klang bringt, wenn der Vertreter der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie, Herr Möller, brutal, aber den Thatfachen entsprechend erklärt: wir befinden uns mit den organisierten Arbeitern im Krieg und im Krieg sind alle Mittel erlaubt. Der Arbeiter, welcher sich herausnimmt, sich mit seinen Berufsgenossen zur Wahrung seiner Klasseninteressen zu vereinigen und durch Streiks oder ähnlichen Mittel den Unternehmerproffit zu schmälern, der muß durch Stocktrügel auf den Wagen zur Raision gebracht werden. Ueber ihn die Hungerack, fried- und brotlos wird er durch's Land getrieben, gleichgiltig was aus ihm und seiner Familie wird. Der am Profit geschädigte Unternehmer, nach dem Herzen Möllers, kennt kein Erbarmen, dem sind alle Mittel recht, welche dazu dienen, die Arbeiter zu Paaren zu treiben. Herr v. Bötticher aber sah unter Möllers Ausführungen seinen Stempel.

Von sozialdemokratischer Seite wurde die Sache der Arbeiter von den Abgeordneten Frohme, Wurm, Bebel und Dreesbach in ausgezeichneter Weise geführt. Besonders die Ausführungen Dreesbachs, welcher die von Möller über den badischen Fabrikinspektor Wörrischhofer vorgetragene Legende, durch Darlegung des wirklichen Sachverhaltes grausam zerstückte waren den Herren vom Kartell sehr unangenehm. Die Herren von den „staatsbehaltenden Parteien“ waren schließlich ersichtlich froh, daß die Uhr 6 geworden war und die Debatte geschlossen werden mußte.

Erwähnt sei noch, daß der Staatssekretär von Bötticher die Einsetzung einer Kommission für Arbeitsstatistik ankündigte, welche aus Vertretern der Regierung, des Reichstags und Gewerbetreibenden, Unternehmern wie Arbeitern, zusammengesetzt sein soll. Die Kommission soll vor allem über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse den Thatfachen entsprechenden Material sammeln. Diese Absicht der Regierung fand allseitige Zustimmung.

könnte, wäre, daß ich an den Lederhändler schreiben ließe. Aber ich kenne ihn, er wird nichts davon hören wollen, und es entstehen Ihnen dadurch nur neue Kosten.“

„Aber ich und meine Kinder müssen inzwischen Hunger leiden.“

„Da wenden Sie sich an die Armenbehörde und stellen der Ihre Lage vor. Ich selbst will Ihnen eine Empfehlung mitgeben lassen.“

„Armenbehörde?!“ schrie die Frau nun erst recht entsetzt. „Armenbehörde! Als Bettler erscheinen, da mein Mann noch arbeiten kann, wenn er nur dürste? Nein, Herr Doktor, das soll uns nicht nachgesagt werden. Ich weiß noch nicht, wo ich für die nächste Zeit ein Stück Brot für unsere armen Kinder hernehmen soll, aber das soll uns nicht nachgesagt werden, die Schande wollen wir nicht auf unseren armen Vater bringen. Lieber wollen wir einmal hungern, und Gott wird weiter helfen.“

„Arme Frau,“ sagte hinzutretend der Landmann, der bis dahin ein stummer Augenzeuge dieses Aufrichtes gewesen war, „Ihr trauriges Schicksal rührt mich die innigste Theilnahme ein. Ich selbst bin jetzt in bedrängter Lage, aber ich sehe, daß es noch Aermere giebt, als ich bin. Ich habe etwas Lebensmittel mit in die Stadt gebracht zum Verkauf, davon sollen Sie etwas für die Ihrigen umsonst haben, und Gott wird weiter helfen.“

Der Landmann und die Frau des in Wechselhaft gehaltenen Meisters Draht gingen ohne Gruß davon.

Dr. Raffmaus zog die Augenbrauen in die Höhe und ließ das Wort „Bettelstolz“ fallen, worauf er sich wieder in sein Kabinett zurückzog.

„Numero Zwei für heute,“ murmelte es wieder vom Fenster her.

### Feuilleton.

Wachrad verboten.)

11

### Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Büchern von H. Otto Walster.

„Fauler Ausreden, die kennen wir schon. Wenn die Leute im Loch sitzen, geben sie jedesmal himmlisch schöne Versprechungen. Wenn man sie aber herausläßt, denken sie nicht mehr daran und lachen womöglich den dummen Gläubiger noch obendrein aus.“

„Herr, das kann nicht auf uns gehen; zwanzig Jahre lang haben wir uns ehrlich durchgeschlagen und sind keinem Menschen etwas schuldig geblieben, bis das Unglück . . .“

„Ich sage Euch nun nochmals, Frau Draht, das Alles geht uns gar nichts an, und wenn Ihr kein Geld habt, so laßt der Gerechtigkeit ihren Lauf!“

„Der Gerechtigkeit?“ jähre aber da mit einem Male das Weib mit gellender Stimme; „nennen Sie das Gerechtigkeit, wenn man einen armen alten Bürger, der sich sein Lebtag in redlicher Arbeit abgerackert hat, wegen einer kleinen Schuld seiner Familie und seinem Geschäfte entweist? Ihn zu Grunde richtet? die Seinigen Hunger leiden läßt? Schöne Gerechtigkeit das!“

Infolge des Schreiens der Frau waren nicht nur die beiden Rechtskandidaten auf der Schwelle erschienen, es öffnete sich auch die Thür zum Kabinett des Prinzipals und Herr Raffmaus erschien selbst in Begleitung des Landmannes.

Dr. Raffmaus war durchaus keine abstoßende Persönlichkeit, sein volles, etwas gerötetes Gesicht verrieth eher Wohlwollen; nur die Augen, soweit sie nicht von der goldenen Brille verdeckt wurden, hatten einen beinahe unangenehm schlauen Blick. Der Körper war klein, etwas unterseht, zu dick für die dünnen Beine, obgleich die sorgsam gepflegte Toilette dieses Mißverhältniß möglichst zu verdecken geeignet war. Geleidet ging er selbst in seiner Expedition elegant und nie ohne weiße Weste.

„Was ist das für ein Lärmen in meiner Expedition, Herr Ruffelich,“ rief er mit ziemlicher Würde.

Herr Ruffelich erhob sich ehrerbietig und bemerkte, auf die Frau deutend:

„Diese Frau will sich nicht bedeuten lassen, Herr Doktor, daß ihr Mann, der Schuhmachermeister Draht, so lange in Wechselhaft verbleiben muß, bis er bezahlt hat; sie erlaubt sich sogar ganz ungeziemende Ausfälle auf unser Rechtsverfahren und die verehrliche Gerechtigkeit.“

„Ja, liebe Frau,“ bemerkte Raffmaus mit wohlwollendem Tone, „da kann Ihnen nun Niemand helfen. Wenn Sie nicht Zahlung leisten können, so muß Ihr Mann in Haft bleiben. Es ist dies nicht unsere Sache, wir sind bei der Sache ganz ohne eigenen Willen, wir haben genaue Instruktionen vom Gläubiger.“

„Aber unser Geschäft geht dabei zu Grunde und wir werden durch solch rücksichtsloses Verfahren erst recht in die Unmöglichkeit veretzt, die Schuld jemals zu bezahlen, geschweige denn die himmelschreienden Kosten. Der Gläubiger wirft dabei bloß sein gutes Geld zum schlechten, denn das können wir ja im Leben nicht erschwigen.“

„Das ist Alles recht wohl möglich, aber an uns liegt die Schuld nicht. Das Einzige, was ich bei der Sache thun

Nach den im Reichs-Versicherungsamt angefertigten Zusammenstellungen, welche auf den von den Vorständen der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalten und dem vom Bundesrath zugelassenen besonderen Kasseneinrichtungen gemachten Angaben beruhen, betrug am Schluß des ersten Jahres seit dem Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes (Ende Dezember 1891) die Zahl der erhobenen Ansprüche auf Bewilligung von Altersrenten bei den 31 Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalten und den acht Kasseneinrichtungen 173 668.

Von diesen wurden 132 917 Rentenanträge anerkannt, 90 534 zurückgewiesen und 7102 als unerledigt auf den Monat Januar 1892 übernommen, während die übrigen 3115 Anträge auf andere Weise ihre Erledigung gefunden haben.

Von den erhobenen Ansprüchen entfallen auf Schlesien 19 337, Ostpreußen 16 838, Brandenburg 18 332, Rheinprovinz 11 750, Hannover 10 159, Sachsen-Anhalt 9289, Posen 8927, Schleswig-Holstein 6922, Westfalen 6721, Pommern 6095, Westpreußen 6074, Hessen-Rassau 3733 und Berlin 1859.

Auf die acht Anstalten des Königreichs Bayern kommen 17 638 Altersrenten-Ansprüche, auf das Königreich Sachsen 7381, auf Württemberg 3935, Baden 3248, Großherzogthum Hessen 3153, beide Mecklenburg 3571, Thüringische Staaten 3702, Oldenburg 593, Braunschweig 1253, Hansestädte 1105, Elsaß-Lothringen 5349 und auf die acht zugelassenen Kasseneinrichtungen insgesamt 2304.

Von den sämtlichen Ansprüchen sind 168 070 in den elf ersten Monaten des Jahres, 5598 im Laufe des Monats Dezember erhoben worden.

Ueber die Abnahme der Arbeitskraft macht Professor Heinrich Derkner im „Sozialpolitischen Zentralblatt“ interessante Mittheilungen. Es lagen ihnen zwei sozialstatistische Untersuchungen aus jüngster Zeit zu Grunde.

Die eine Untersuchung ist vom badiſchen Fabrikinspektorate unternommen worden und erstreckt sich auf 8375 männliche Fabrikarbeiter der Mannheimer Großindustrie. Einen Schluß in Betreff der Abnahme der Leistungsfähigkeit kann man in der Weise ziehen, daß man den Altersaufbau dieser Arbeiter vergleicht mit demjenigen der übrigen Bevölkerung. Nimmt man auf beiden Seiten die Altersklasse von 20 bis 40 Jahren zum Ausgangspunkte, so ergeben sich folgende Verhältniszahlen:

	Großherzogthum pSt.	Mannheimer Fabrikarbeiter pSt.
20-40 Jahre alt	100	100
40-50 "	42,1	19,7
50-60 "	29,6	8,9
über 60 "	30,8	2,4

Es erhellet demnach, daß im Alter von 40-50 Jahren nur noch etwa die Hälfte der Arbeiter sich in der Fabrik befindet; mit dem 50. Lebensjahre und darüber ist sogar die ganz überwiegende Mehrheit der Arbeiter aus der Fabrik ausgeschieden. Das Ausscheiden aus der Fabrik kann verschiedene Ursachen haben. Die Arbeiter können ausgemindert oder zu anderen nicht in das Beobachtungsgebiet fallenden Beschäftigungen übergegangen sein. Nach Ansicht des Berichterstatters dürfte aber das Ausscheiden aus diesen Gründen in beträchtlichem Umfange nicht anzunehmen sein. Man muß vielmehr daraus schließen, daß entweder die Sterblichkeit der Fabrikarbeiter weit höher ist als diejenige der übrigen Bevölkerung, oder aber, daß ein großer Theil der Arbeiter bereits in frühen Jahren wegen zu weitgehender Abnutzung der Arbeitskraft durch jüngere, leistungsfähigere Elemente ersetzt wird. In jedem Falle aber liegt die rasche Abnahme der Arbeitskraft klar zu Tage.

Noch werthvoller sind die Berechnungen, welche sich auf Grund der „Nordböhmischen Arbeiterstatistik“, einer von der Reichsberger Handels- und Gewerbetammer ver-

anstalteten Erhebung, aufstellen lassen. Die folgenden Reihen stellen den Altersaufbau der männlichen Bevölkerung Oesterreichs einerseits und denjenigen der 57 867 Individuen zählenden männlichen Fabrikarbeiter-Bevölkerung des Reichsberger Kammerbezirks andererseits dar. Zum Ausgangspunkte sind die Angehörigen der Altersklasse 16-20 Jahre gewählt worden. In der fünften Kolonne findet sich noch der durchschnittliche Wochenverdienst der Stücklohnarbeiter der nebenstehenden Altersklassen. Auch diese bringt ja die abnehmende Leistungsfähigkeit der Arbeiter genau zum Ausdruck:

Jahre	Männliche Bevölkerung Oesterreichs in %	Männliche Fabrikarbeiter Nordböhmens in %	Die nebenstehenden Altersklassen d. Fabrikarbeiter zahlen mehr (+) oder weniger (-) Kr., als die Angehörigen d. obigen Bevölkerung	Durchschnittl. Wochenverdienst der männlichen Stücklohn-Arbeiter fl.
16-20	1000,0	1000,0		4,62
21-25	931,1	880,9	- 50,2	6,00
26-30	784,3	968,0	+184,0	6,87
31-35	726,4	724,9	- 1,5	7,25
36-40	684,1	638,1	- 46,0	7,10
41-45	624,5	472,6	-151,9	7,07
46-50	528,9	395,2	-131,7	6,61
51-55	455,5	274,5	-181,0	6,39
56-60	391,1	184,1	-207,0	6,18
61-65	354,8	118,4	-236,4	6,02
66-70	223,2	57,3	-165,9	5,81
über 70	226,8	28,7	-208,1	3,64

Sieht man von den für den vorliegenden Zweck belanglosen jüngeren Altersklassen ab, so zeigt nur die Altersklasse 31-35 Jahre der Arbeiterbevölkerung eine mit der übrigen Bevölkerung übereinstimmende Befestigung. In dieser Altersklasse vermag der Arbeiter auch am meisten zu leisten. Die Stücklohnverdienste, welche die Leistungen ja getreu abspiegeln, stellen sich hier am höchsten. Mit dem 35. Jahre aber nimmt die Befestigung der Altersklassen bei den Arbeitern ebenso wie deren Verdienst rasch ab. Nehmen wir an, daß die Sterblichkeit der Arbeiter mit derjenigen der übrigen Bevölkerung übereinstimme — eine Annahme, die freilich zu günstig ist — so würden auch in Nordböhmen, da Auswanderung oder Uebergang zu anderen Beschäftigungen wenig in Betracht kommt, von den Arbeitern im Alter von 41-50 Jahren bereits ein Viertel, von denjenigen im Alter von 51-60 Jahren nahezu die Hälfte ihre Stellung in der Fabrik bereits verloren haben. Auch hier trifft der Ausspruch der badiſchen Aufsichtsbeamten zu: „Die Arbeiter werden im Allgemeinen rasch alt.“

Von den Bevölkerungszustatistiken wird bekanntlich großer Werth darauf gelegt, daß innerhalb einer Nation die Befestigung der „produktiven“ Altersklassen eine vergleichsweise starke sei. Das Verhältniß zwischen den produktiven und nicht produktiven Angehörigen eines Volkes muß aber alles Uebrige gleichgesetzt um so ungünstiger werden, je rascher die Abnutzung der Arbeitskraft in den jüngeren Altersklassen vor sich geht. So dürfte es dem auch schon von rein wirtschaftlichen Standpunkte aus gerechtfertigt erscheinen, daß durch Einschränkung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes der jetzt erschreckend schnelle Verfall der Arbeitskräfte aufgehalten oder verlangsamt würde.

Eine Petition, betreffend das Vorrecht der Bauhandwerker für ihre Bauforderungen, wurde vom Vorsitzenden des Bundes für Bodensch. Reform, Herrn Freese, dem Staatssekretär des Reichs, Justizamts persönlich überreicht. Der Staatssekretär erklärte, daß eine eingehende Prüfung des in der Petition enthaltenen Gesetzentwurfs und der Begründung erfolgen solle. Bei Besprechung des Gegenstandes ergab sich, daß die meisten deutschen Regierungen auf Anfrage sich gegen jedes Eintragsrecht der Handwerker, selbst in der bisher vom allgemeinen Landrecht gewährten unzulänglichen Form, d. h. hinter sämtlichen eingetragenen Hypotheken, ausgesprochen haben. Nur wenige Regierungen, darunter die preussische, seien für dieses bisherige Recht eingetreten. Der Staatssekretär erklärte sich bereit, nach Prüfung der Petition eine Abordnung von Bauhandwerkern zu empfangen. Das Recht, hinter sämtlichen Hypotheken eingetragen zu werden,

kann den beschwindelten Bauhandwerkern nur wenig helfen.

Und der König absolut, wenn er unsern Willen thut! Das Sprüchlein gilt noch heute für die konservative und auch deren Anhängel, die nationalliberale Partei. Das Disziplinarverfahren gegen den Grafen Limburg-Stirum, der durch Dick und Dünn mit Bismarck ging und jede Maßregel Bismarck's so bewedelte, als wenn er an ihm, wenn auch bloß von hinten, angewachsen wäre, der den Standpunkt vertrat, daß der Beamte im und außer dem Dienste sich nicht bloß jeder Opposition zu enthalten, sondern jede Regierungsmaßregel zu unterstützen habe — das Disziplinarverfahren gegen diesen Grafen revolutionirt Konservative wie Nationalliberale.

Der Reichskanzler wandelt einfach die Pfade Bismarck's, höchstens in etwas anständigerer Weise. Wo Bismarck unter Beamten irgend einen Widerstrebenden fand, da waren nicht bloß dessen Tage gezählt, sondern die ganze Bismarckpresse, „Norddeutsche“ wie „Kölnische“, entledigte ganze Wagenladungen von Mistjauche über denselben.

Dem Reichstage ist vom Reichskanzler eine Uebersicht der Ausnahmetarife deutscher Eisenbahnverwaltungen zugegangen, welche dazu bestimmt sind, die Ausfuhr deutscher Kohlen oder den Wettbewerb inländischer Kohlen mit ausländischen Kohlen zu begünstigen. Dieses System der Begünstigung und Unterstützung der Kohlenausfuhr ermöglicht es den Grubenbesitzern im Deutschen Reich die Preise in die Höhe zu schrauben, indem sie bei zunehmenden Kohlenvorräthen dieselben nach dem Auslande schaffen und sie dort, wenn auch zu bedeutend billigeren Preisen, verkaufen. Die deutschen Konsumenten werden so doppelt geschädigt, einmal dadurch, daß sie die hohen Kohlenpreise zahlen müssen, dann aber auch dadurch, daß unsere Industrie mit theurerem Heizmaterial arbeiten müssen, während ihren Konkurrenten im Auslande die Kohle aus Deutschland zu bedeutend geringeren Preisen zugeführt wird. Das ist weisse Wirthschaftspolitik! Das ist der Schutz der nationalen Arbeit!

Der Entbößerung des platten Landes zu wehren, hat die „Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz“ allerlei „humanitäre“ Vorschläge in petto. So empfiehlt sie, die Frauen erwerbsfähiger für das landwirtschaftliche Gewerbe zu machen, indem man sie durch die Begründung von Kleinkinder-Bewahranstalten u. A. entlastet. Eine Entlastung der Mutter nennt diese Korrespondenz ihre Belastung mit der Frohnarbeit am Pfluge. Bei der Entlastung der Mutter mag jener Schreiber wohl an die Weiber der Bourgeoisie und des Junkerthums gedacht haben, die sich der Sorge um ihre Kinder, deren Pflege sie fremden, gemietheten Personen übergeben, entlasten, um ihren Lüste und äppigen Neigungen nachzugehen. Aber etwas stark, und fehlen die Worte für eine passende Bezeichnung, ist es, von einer Entlastung der Mutter zu reden, um sie womöglich neben dem Ochsen an den Pflug zu spannen.

Vor allem aber sei, so predigt die „Korrespondenz“, der ländliche Arbeitgeber in die Lage zu setzen, daß jeder Landwirth — womit selbstverständlich der Großgrundbesitzer gemeint ist — so gestellt werde, daß er die Mittel besitze, seinen Arbeitern eine behagliche Existenz zu schaffen. Die „Korrespondenz“ bedauert daher die Ermüdigung der Kornhölle. Wenn aber die Kornhölle so hoch sein sollen, daß die Gutsbesitzer aus freien Stücken den Arbeitern eine behagliche Existenz schaffen, so könnten sie auf das zehnfache erhöht werden. Und wenn den Besitzern Milliarden vom Staate geschenkt würden, die doch auch nur den Arbeitern entnommen sind, so würde den Arbeitern damit noch um nichts geholfen werden, oder vielleicht nur so weit, daß die Gutsbesitzer ihnen die Korle der von ihnen geleerten Champagnerflaschen zu Theil werden ließen. Mögen die Gutsbesitzer ihren Arbeitern anständigen Lohn und anständige Behandlung zu Theil werden lassen, dann wird es ihnen nicht an Arbeitern fehlen, sind sie das nicht im Stande, dann mögen sie ihre Befestigung aufgeben. Die Gesellschaft hat gewiß kein Interesse daran, einer Masse bankrotter Gutsbesitzer zu einer Existenz der Schlemmerei und Verschwendung zu verhelfen und die Einkünfte der reichen Majoratsherren und Herrschaftsbesitzer noch mehr zu erhöhen.

Diesmal begnügte sich Herr Musselich, einen Blick voller Gist nach dem Schreiber zu werfen, der indessen gar keine Notiz davon nahm.

Und abermals klopfte es an die Thür und ein Mann trat herein, der schon durch sein zuversichtliches, geschäftliches Auftreten bekundete, daß er nicht als Bittsteller käme.

„Mein Name ist Falk,“ bemerkte er, „und ich wünsche den Herrn Doktor selbst zu sprechen.“

Musselich kannte seine Leute; er trug deshalb auch kein Bedenken, den Ankömmling nach dem Kabinette zu weisen, dessen Thür der Herr Prinzipal jedenfalls im Anmüthe offen gelassen hatte.

„Guten Morgen, Herr Doktor,“ rief der neue Besucher drinnen mit zuversichtlicher Stimme.

„Ah, der Herr Falk,“ lautete die freundliche Antwort. „Nehmen Sie gefälligst Platz. Was verschafft mir denn das Vergnügen?“

„Sie wissen, Herr Doktor, daß wir den Kaufmann Mandel schon seit sieben Wochen im Wechselarreſt sitzen haben. Das kostet sehr viel Geld, und morgen ist schon wieder eine neue Einzahlung nöthig.“

„Samen, der eine goldene Erute bringen wird,“ meinte der Advokat mit salbungsvollem Tone.

„Ich zweifle sehr daran; die Sache dauert schon zu lange, und ich verblute mich, da ich selbst nicht sehr bemittelt bin.“

„Jeder Tag bringt Sie Ihrem Ziele näher.“

„Ich will offen gegen Sie sein, Herr Doktor. Ich habe in ungefähre 14 Tagen selbst einen Wechsel über 150 Thaler zu bezahlen, und zwar an Herrn Jäger, der auch Ihr Klient ist. Der Wechsel des Herrn Mandel lautet auf 250 Thaler, dazu kommen die Kosten des Prozesses und der Gast. Glauben Sie nicht, daß Sie mit Herrn Jäger ein Abkommen treffen könnten, wonach er gegen Fesseln des Wechsels des Herrn Mandel an ihn mir meinen Wechsel zurückgibt?“

„Das glaube ich nicht, denn Herr Jäger wird am Verfalltage bares Geld zur Verfügung haben müssen.“

„Wenn die Sachen so stehen, würde ich selbst in Ver-

legenheit kommen, zumal ich so viel schon an Kostenvorschuß geleistet habe.“

„Herr Mandel wird schon bezahlen,“ tröstete der Advokat.

„Und wenn er nicht bezahlt?“

„Es ist kaum zu glauben; so ein Mann legt sich beim Bankrott immer ein hübsches Sämmchen heimlich zurück, wovon er schließlich gera bezahlt, um seine Freiheit wieder zu erlangen.“

„So sagten Sie mir im Anfange, obwohl ich Bedenken trug, gegen einen ruinirten Mann auf Wechselhaft anzutragen. Ich habe mich in der Zwischenzeit erkundigt und von vielen Seiten die Versicherung erhalten, daß der Mann in der That ehrlich sein soll und nichts heimlich bei Seite gebracht hat, so daß er wahrscheinlich ganz und gar außer Stande ist, den Wechsel einzulösen und die Kosten zu bezahlen. In diesem Falle hätte ich dann nur mein gutes Geld dem verlorenen nachgeschickt und komme schließlich selbst in Verlegenheit.“

„Ich habe Ihnen damals nach bester Ueberszeugung gerathen,“ erwiderte der Advokat achselzuckend.

„Nun, so raten Sie mir auch in dieser Verlegenheit.“

„Ja, lieber Herr Falk, dazu kenne ich Ihre persönlichen Verhältnisse nun doch zu wenig. Wenn Sie mir indessen Ihr werthvolles Mobiliar verpfänden wollen, so würde ich Ihnen ein entsprechendes Darlehen verschaffen, mit dem Sie Ihren Verbindlichkeiten nachkommen und die Gastkosten für Herrn Mandel noch eine ziemliche Zeit lang weiter zahlen könnten.“

„Mein Mobiliar verpfänden, um noch mehr Geld in diesen Abgrund zu werfen? Nein, dafür muß ich danken. Aber ich will Ihnen meine Schuldforderung an Herrn Mandel, den Wechsel mit allen Kosten, was zusammen mehr als 300 Thaler ausmacht, für eine Pauschalsumme von 100 Thaler überlassen, wenn Sie mich dafür aller weiteren Kosten und Gebühren entbinden.“

„Es thut mir sehr leid, Herr Falk, aber ich kann mich mit solchen Geschäften nicht befassen.“

„So wäru Sie 20 Thaler oder noch: Sie ein Ar-

„Ich sage Ihnen ja, daß ich mich nicht mit dergleichen befasse.“

„Also für ein Geschäft, für welches sie mich veranlassen wollen, immer neue Summen zu verwenden, mögen Sie selbst nicht den vierten Theil des Betrages auswenden? Das ist eine schöne Geschichte, da kann man zu etwas kommen. Ich danke für einen derartigen Rechtsbeistand.“

„Herr Falk, mäßigen Sie sich in Ihren Aeußerungen hier in meinem Lokale. Es steht Ihnen vollkommen frei, einen anderen Sachwalter anzunehmen. Ich wenigstens muß nach solchen Bemerkungen auf diese Ehre verzichten.“

„Jawohl, nachdem man die Zitrone ausgepreßt, wirft man sie weg. Das ist so der Lauf der Welt gewesen.“

„Wir sind nunmehr fertig miteinander, Herr Falk.“

„Fertig? O nein, ich erwarte, daß Sie nunmehr von Herrn Mandel ein Akzept über den Betrag der Kosten und Ihrer Gebühren einziehen und sodann auf seine Entlassung aus der Wechselhaft antragen.“

„Lassen Sie das von Jemandem thun, dem Sie von nun an Ihr schätzbares Vertrauen zuwenden. Ich, wie gesagt, verzichte auf jeden weiteren Schritt in Ihren Angelegenheiten. Sobald Sie meine Gebührenrechnung, die ich gleich werde zusammenstellen lassen, bezahlt haben, stehen Ihnen Ihre Akten und Dokumente, natürlich gegen ausdrückliche Verzichtleistung auf alle und jegliche Rückansprüche an mich, zu Gebote.“

„Ihre Gebühren? Ja, das ist des Pudels Kern. Wenn Sie nur Ihre Gebühren haben, dann ist Alles und Jedes in bester Ordnung. Ob die Leute insolge Ihrer Rathschläge in Schaden und Unglück gerathen, danach fragen Sie nicht, wenn Sie nur Ihre Gebühren haben. Ich danke für die Lehre, die ich noch zu guterleht von Ihnen bekommen habe und für die Sie mir schon einen Thaler mehr auf die Rechnung setzen können. Von nun an will ich mich doch zehnmal lieber mit meinen Mitmenschen gütlich auseinandersetzen, als mich an Ihresgleichen zu wenden. Gott bewahre mich vor solchem Recht und seinen Handlangern. Amen!“

Damit ging der Mann fort, und eine Stimme in der

Schreiberstube murmelte vernehmlich:

„Numero Drei für heute!“

**Wirklich erhehend** ist die Einmütigkeit, mit welcher die Arbeiter aller Länder für die streitenden deutschen Buchdrucker eintreten. In England, Frankreich, Amerika — überall dasselbe Schauspiel: wärmste Sympathie und werthvolle Hilfe, soweit die, leider überall sehr ungunstigen Verhältnisse und Arbeitsverhältnisse es erlauben. Was insbesondere Frankreich anbelangt, so wetteifern die Organe der sozialistischen Partei mit den Gewerkschaftsorganen — S. z. B. die Bourse du Travail — in Bethätigung des Solidaritätsgefühls gegen die „deutschen Brüder“. Das Gift chauvinistischen Nationalitätsbuzels und „Dünkels“ hat niemals die französischen Arbeiter verfeucht — ebenso wenig wie die deutschen. Hätten die Arbeiter der beiden Länder, die durch eine verderbliche und kurzfristige Staatskunst in feindlichen, den Frieden der Welt bedrohenden Gegensatz gebracht worden sind, die Staatsmacht in Händen, so wäre mit einem Schlag alle Kriegsgefahr beseitigt und die Welt könnte der Kulturarbeit zur Förderung des Wohles der Menschen sich in Frieden und Eintracht widmen. Nun — so weit sind wir noch nicht, aber dahin werden wir kommen, so gewiß es unumgänglich ist, daß die Menschheit in die Barbarei des finsternen Mittelalters zurückfällt, wie dies das Ideal unserer tollgewordenen Rückschritler ist. —

**Jetzt wissen wir, warum** der Telegraph den Bauernputz von Cadix zu einer „anarchistischen Schilderhebung“ aufgelogen hat: die spanische Regierung braucht ein Ausnahmegesetz! Sie fühlt sich der Lage nicht mehr gewachsen und da sie mit den verfassungsmäßigen Gesetzen nicht länger wirtschaften kann, erinnert sie sich des berühmten Wortes von Cavour: „Jeder Dummkopf kann mit dem Belagerungszustand regieren“, und will, in richtiger Selbsterkenntnis, sich ein Ausnahmegesetz zulegen, das gleichbedeutend ist mit der Proklamirung des Belagerungszustandes. Nun — auch Fürst Bismarck nahm sich seiner Zeit das Cavour'sche Wort ad notam und — er ist glücklich nach Friedrichsruh gekommen und hat unser Wort bewahrt, daß zwar jeder Dummkopf (Cavour brauchte einen stärkeren Ausdruck) mit dem Belagerungszustand regieren könne, daß aber auch nur ein kolossaler Dummkopf oder Stämper sich einbilden könne, mit dem Belagerungszustand ließe sich auf die Dauer regieren. Der Belagerungszustand und die Ausnahmegesetze sind immer der Anfang vom Ende — die Bankrott-Erklärung, der der Bankrott folgen muß, wie das B auf das A folgt. Und in Spanien wird es nicht lange dauern. Die Regierung hat keine Partei- oder Bevölkerungsklassen, auf die sie sich stützen kann — sie steht in der Luft, und nur durch die Uneinigkeit der Gegner hält sie sich noch. Jetzt kommt nun zu den sonstigen Verlegenheiten noch die Finanznoth: Die Staatskassen sind leer und für die bürgerlichen Massen ist das stets ein Zeichen zum Verlassen des sinkenden Schiffes. —

**Parlamentarisches.**

Die Wahlprüfungskommission beschloß gestern die Wahl des Abgeordneten Dr. Pfeffel (Schwarzburg-Sondershausen) für gültig zu erklären. Gegen die Wahl des Dr. Pfeffel war seinerzeit ein Protest eingegangen und der Reichstag hat darauf hin in einer früheren Sitzung beschlossen, Erhebungen zu veranstalten, welche mittlerweile eingegangen sind. Aus denselben ergibt sich, daß für eine Reihe von Beschwerden der Herr Pfeffel nicht hatte erbracht werden können, dagegen ist festgestellt, daß in einem Falle durch einen Gemeindediener Stimmzettel in Wahllokal verbreitet worden sind. Von diesem Falle soll dem Reichstagskanzler Kenntniß gegeben und veranlaßt werden, daß der Bet. Beamte restlosig werde.

Die freisinnige Partei (v. Bar und Genossen) hat, wie die freisinnige Zeitung berichtet, ein Gesetz im Reichstag eingebracht, betreffend den Vollzug der Haft- und Gefängnisstrafe. Der Gesetzentwurf will gewissen Kategorien von Personen, welche zu einer Gefängnis- oder Haftstrafe unter 6 Monaten verurtheilt sind, den Rechtsanspruch gewähren, Einzelhaft, eigene Kleidung, eigene Verpflegung, Beschäftigung sowie Wahl der Beschäftigung zu verlangen, letzteres, sofern der Gefangene für seine Verpflegung angemessene Vergütung leistet und die Beschäftigung mit der Ruhe und Sicherheit des Gefangnisses zu vereinbaren ist. Das Gesetz kann außerdem in

Herr Musselich hatte keine Zeit, eine neue Klage folgen zu lassen, denn Dr. Raffmaus trat in die Thür und rief: „Lassen Sie, Herr Musselich, die Rechnung für Herrn Fall, sammt den neu hinzugekommenen Kosten, zusammenstellen und schicken Sie dieselbe nebst den Akten, Fall-Wandel“, begleitet von einer Bergschleifungs-Urkunde zum Unterzeichnen an den Klienten. Die Rechnung soll aber vor Ablieferung der Akten berichtigt werden, denn der Mann scheint mir nicht ganz sicher.“

So ging das Rechtsgeschäft in ähnlicher Weise bis in die zwölfte Stunde fort. Zu dieser Zeit pflegte Dr. Raffmaus ins Gericht zu gehen. Er erschien denn auch alsbald mit dem schwarzen Zylinderhute auf dem Kopfe und mit zinnoberrothen Handschuhen an den Händen in der Schreibertube, die er für gewöhnlich ohne Gruß durchschritt. Diesmal aber blieb er bei der Ausgangstür stehen und rief:

„Herr Lederecht Dabicht!“  
 „Herr Doktor?“ antwortete der Schreiber, indem er sich von seinem Sitz erhob und beinahe etwas roth wurde.  
 „Sie haben sich schon wieder einmal bemüht gefunden, mich schriftlich um eine Zulage zu Ihrem Gehalte anzugehen.“

„Ich bitte um Entschuldigung“, erwiderte der Schreiber. „Sie haben ohne Zweifel selbst das Ungerechtfertigte eines solchen Verlangens gefühlt und darum eine mündliche Anfrage vermieden.“

„Ich bitte um Entschuldigung . . .“ erwiderte der Schreiber abermals.  
 Sie erhalten jetzt schon 15 Thaler den Monat, 15 Thaler den Monat festes Einkommen ist für einen Mann von 21 Jahren mehr als ausreichend, ich meine für einen jungen Mann, der sonst weiter nichts gelernt hat. Schränken Sie sich etwas ein, junger Mann, zügeln Sie Ihre Leidenschaften, Ihre Vergnügungssucht, dann werden Sie auch ohne Zweifel Ihren Gehalt ausreichend finden.“

„Ich muß eine frange Mutter von meinem Honorar mit erhalten, ich arbeite den ganzen Tag von früh 8 Uhr bis Abends 7 Uhr. Mehrere Kollegen von den anderen Expeditionen sagen mir, daß ich bei demselben Fleiß und mit meiner Fertigkeit bei anderen Advokaten doppelt so viel Geld verdienen würde.“

allen Fällen, in welchen auf Freiheitsstrafen — mit Ausnahme der Zuchthausstrafe — erkannt wird, dem Verurtheilten solche Vergünstigungen zu Theil werden lassen. Niemals aber dürfen solche Vergünstigungen eintreten, wenn auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt ist.

**Korrespondenzen und Parteinachrichten.**

Die Redaktion der „Norddeutschen Volksstimme“ in Gießen wurde mit dem Drucker und Verleger H. Landwehr in Differenzen gerathen. Der letztere machte in dem genannten Blatt bekannt, daß dasselbe nicht mehr erscheinen werde, während die Redaktion in einem Extrablatt das Gegentheil erklärte. Letzteres ist denn auch der Fall. Die „Norddeutsche Volksstimme“ erscheint nunmehr im Verlage von G. Sattler weiter.

Als gute Charakteristik nummehr auch die „Germania“ die Eigenschaft, daß im Westerland durch „sozialdemokratische Agitatoren“ ernste Anfeindungen veranlaßt worden seien. Das katholische Blatt druckt ohne Kommentar das Dementi ab, welches der „Nass. Vote“ der Lügennachricht entgegensetzte. Letzterer bezeichnete dieselbe als „Tartaren-Nachricht“ und bemerzte, wie seiner Zeit schon dem Sinne nach im „Vorwärts“ gesagt war: „So lange und nicht die Namen der beiden Orte, wo unbedeutend von Polizei und Staatsanwalt in den Kirchen Tumulte und Mordversuche vorgekommen, genannt werden, sind wir so frei, diese Gruselgeschichten in das Reich der freien Erfindung zu verweisen.“

Eine Konferenz der Sozialdemokratie Ober-Schlesiens findet am 14. Februar in Neustadt O. S. statt. Zwei derselben ist die Schaffung einer wirksamen Agitation gegenüber der Thätigkeit der ultramontanen Hünsterlinge. Alle Anfragen und Anmeldungen in Sachen der Konferenz sind an Karl Schrütke in Neustadt O. S., Hohstr. 103, zu richten.

Eine „Kommission gegen die Saalabtreiber“ haben die Augsbürger Sozialdemokraten eingeleitet. Alle Gastwirthe, über deren Lokale das sogen. Militärverbot verhängt wurde, werden von derselben um Angabe ihrer Adressen gebeten.

Der sächsische Landtag hat das Mandat des konservativen Abgeordneten Kästner-Glauchau mit 35 gegen 34 Stimmen beanstandet. Die sozialdemokratischen Abgeordneten drängten die Gegner zu diesem Schritt. Stolle-Greif wies auf die geringe Minorität Kästner's hin, die nach Abzug der unglücklich zu erachtenden Stimmzettel nur noch 11 Stimmen beträgt und erklärte die geringe Wahlbetheiligung in Glauchau. Dies und andere Unregelmäßigkeiten hätten offenbar die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten, Reichstags-Abgeordneten Seifert in Zwickau, verhindert. Es werden nun Erhebungen über die Vorgänge bei der Wahl angestellt.  
 Die Wahl des Abg. Kellner-Plauen wurde gegen die 11 Stimmen der Sozialdemokraten von der Kammer für gültig erklärt.

Ein schauerlicher Zug von menschlicher Theilnahme unserer Genossen wird uns aus einer Stadt am Rhein berichtet: Einem Polizeibeamten, dessen Kind im Sterben lag, wurde der deshalb erbetene Urlaub schroff verweigert. Das Gleiche widerfuhr ihm am Begräbnistage des Kindes. Abends hatte der Polizeibeamte in einer sozialdemokratischen Versammlung als Ueberwachender zu fungiren. Er hat nun den Vorsitzenden, unter Erwähnung seines Familienumstandes, die Versammlung nicht zu lange tagen zu lassen. Der Vorsitzende setzte davon die anwesenden Parteigenossen in Kenntniß und dieselben erklärten sich darauf einmüthig für sofortige Aufhebung der Sitzung.

In Thoren referirte Ende Dezember in einer Zimmerer-Versammlung der Zimmerer Mikusinski über den Werth und die Ziele der Organisation und forderte am Schlusse seiner Rede auch zur regen Agitation für die nächste Reichstagswahl auf, damit derselbe Thoren ebenfalls durch einen Sozialdemokraten im Reichstag vertreten werde. Maurer Lüdike betonte die moralische Pflicht des Arbeiters, sich einer Organisation anzuschließen, und verwies auf die Wichtigkeit der Kommunalwahlen. Bei genügender Betheiligung der Arbeiter an den Wahlen würde es nicht mehr so leicht vorkommen, daß auf eine Petition um Zurücknahme der Befragenen von Festungs- und sonstigen öffentlichen Arbeiten abfälliger Bescheid ertheilt

„Ja, das lassen Sie sich einreden, eitel genug sind Sie dazu.“

„Es sind mir auch schon Anerbietungen gemacht worden.“  
 „Parisari! Das geschieht lediglich, um Sie hier wegzuloden, weil man weiß, daß ich meine Leute an Sauberkeit, Ordnung und Fleiß gewöhne. Im Anfang bietet man Ihnen viel und zieht Sie dann nach und nach herunter. Das kenne ich schon, habe deswegen auch immer aus längere Kontrakte Bedacht gehabt, und zwar im wohlverstandenen Interesse meiner Leute selbst. Sie haben vorläufig noch zwei Jahre Kontrakt und Sie kennen die Bedingungen.“

„Sie versprechen mir aber vor zwei Jahren, als der Kontrakt erneuert wurde, allmählig Zulage, wenn ich mich ausbilde.“ erwiderte der Schreiber schüchtern.  
 Sie haben sich aber nicht weiter ausgebildet. Im Gegentheil hat Herr Musselich schon mehrmals über Sie Klage zu führen gehabt. Wenn Ihre zwei Jahre um sind, dann wollen wir weiter sehen. Mit der Zeit pflückt man Rosen. Sie sind erst 21 Jahre alt.“

„Aussere Arbeit reizt die Gesundheit auf, Herr Doktor; wir haben nicht so lange Zeit zu leben, wie andere Menschen. Ich werde nicht weit in die Dreyßig kommen. Und was für ein Leben habe ich dann gelebt!“ fügte der junge Mann mit gesenktem Haupte hinzu.  
 „Herr Dabicht“, rief Dr. Raffmaus jetzt mit strenger Stimme, „ich habe Sie im Verdacht, daß Sie sich in schlechter Gesellschaft bewegen, daß Sie mit Demolaten, wohl gar mit Sozialisten umgehen. Gehen Sie sich vor schlechter Gesellschaft, damit Sie nicht in Gefahr kommen.“

Damit wendete sich der Prinzipal nach der Thüre und schnitt durch sein Fortgehen jede weitere Auseinandersetzung ab.  
 „Unverschämtheit!“ murmelte Musselich mit einem giftigen Blicke auf den Schreiber und selbst dessen Kollegen warfen einen verwundernden Seitenblick auf den lähnen Jüngling.

Die Federen schürzten weiter, die Rechtskandidaten entfernten sich endlich mit einem „Gegnete Wahlzeit“, welcher Wunsch mit einem dumpfen Gemurmel beantwortet wurde.  
 Es schlug 12 1/4 Uhr. Da klappte Lederecht Dabicht

wird. Die Versammlung, welche aus beste verließ, erklärte sich in einer Resolution mit dem Gehörten einverstanden, und verpflichtete sich, die Organisation und die Prinzipien der internationalen Arbeiterbewegung hochzuhalten.

Friedberg bei Augsburg. Nach achtzehnjähriger Pause fand hier selbst am 10. Januar eine von circa 400 Personen besuchte sozialdemokratische Versammlung statt, in welcher Genosse Menner aus Augsburg über das Thema: „Die soziale Frage auf dem Lande und die verschiedenen Parteien“ unter allseitigem Beifall referirte. Nach einer lebhaften Debatte, an welcher sich trotz mehrmaliger Aufforderung Gegner nicht theilnahmen, fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die heute in Friedberg tagende Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Redner einverstanden. Sie erblickt einig und allein in der Durchführung der Prinzipien der Sozialdemokratie eine Bessergestaltung der heutigen unhaltbaren wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse und erklärt mit aller Kraft für die Verbreitung des einzigen sozialdemokratischen Wochenblattes für Südbayern, des „Bayerischen Bürger- und Bauernfreunds“, eintreten zu wollen.“ Mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie und mit dem Gesang der Arbeiter-Marseillaise endete die Versammlung, welche wieder gezeigt hat, daß trotz aller Verdrängungen die Sozialdemokratie in Oberbayern immer mehr Boden gewinnt.

Zum Kapitel der Majestätsbeleidigungen. Der Fabrikarbeiter Schröder aus Tirschenreuth (Bayern) wurde wegen Beleidigung des belamisch geisteskranken Königs Otto zu drei Jahren Gefängniß verurtheilt.

Todtenliste der Partei. In Kreienzen (Braunschweig) wurde am 27. Dezember der Bahnhofsarbeiter Feiß Brunz zur Erde bestattet.

**Polizeiliches, Gerichtliches etc.**

— Durch unsere Parteipresse geht jetzt die Notiz, daß Redakteur Baake von der „Neuen Welt“ den Rest seiner Strafe vor einigen Tagen angetreten habe. Diese Nachricht ist falsch. Baake, der noch vier Monate für Prüßländer abzubüßen und seit Neujahr seinen Wohnsitz nach Hamburg verlegt hat, wo das von ihm redigirte Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt“ erscheint, hat seine Haft noch nicht angetreten, sondern befindet sich z. Z. noch auf freiem Fuße. Wie uns mitgetheilt wird, hat Baake die Zusicherung erhalten, daß er den Rest der Strafe in Altona verbüßen kann.

— In Liegnitz wurden wegen Führen einer rothen Fahne und wegen unbefugten Nebenhaltens 10 Parteigenossen zu je 3 M., zwei zu je 5 M. und einer zu 60 M. event. entsprechender Haft verurtheilt. „Es ist tief bedauerlich“, sagt mit Recht die „Volksmacht“, „daß wegen solcher winziger Uebertretungen, die Niemandem schaden, so viel Kummer und Sorge, Noth und Elend ausgebreitet wird, und es zeigt wieder, wie berechtigt die Forderung des sozialdemokratischen Programms: „freies Vereins- und Versammlungsrecht“, ist.

— 25 M. hat der Redakteur Gradnauer von der „Sächf. Arb.-Ztg.“ wegen Beleidigung des Meißner Redakteurs Dr. Gotthard Winter zu zahlen.

— Immer noch unterm „neuen Kurs!“ Der Rieker Filiale der Wärsen- und Püfelmacher-Organisation ist die Abhaltung eines Balls unter folgender Begründung untersagt worden:

Auf Ihren Antrag, am 10. Januar 1892 im Lokale des Gastwirths Warem einen Ball abzuhalten, eröffne ich Ihnen, daß ich die Erlaubniß nicht ertheilen kann. Der Unterstützungsverein der Wärsen- und Püfelmacher Deutschlands, von dem der hiesige Verein eine Filiale ist, ist ein politischer Verein. An den Versammlungen dieser Vereine dürfen nach § 8 des Gesetzes vom 11. März 1850 Frauenpersonen nicht Theil nehmen, als Versammlung im Sinne des Gesetzes ist aber nach dem Erkenntniß des Ober-Verwaltungsgerichts vom 1. Oktober 1890 auch diejenige anzusehen, welche dem Tanz mit Damen dienen soll.

Die Polizeibehörde.  
 Gg. Lorenz (Bürgermeister).“

Unterm Sozialistengesetz ist Stärkeres kaum geboten worden. Aber jedes Uebel hat sein Gutes. Das „Echo“ weiß das Vorgehen der Meier Polizei ganz praktisch zu verwerthen: „Durch eine eventuelle Unterdrückung sämmtlicher Vergnügen der bestehenden politischen und Gewerkschaftsvereine wird man ferner erreichen, daß die Arbeiter sich an die unter ihnen bestehenden Vergnügungsvereine anschließen, wo ihnen für weniger Geld etwas Besseres geboten werden kann. So wird thätlich durch das Eingreifen unserer Behörden in unser Vergnügungswesen letzteres zentralisirt und besser geleitet werden können, was bei der Gründung des Arbeiterbundes schon von Vielen angestrebt worden ist.“ — Zweifelsohne leistet die Polizei mit solcher Auslegung der Gesetze uns auch für die nächsten Reichstagswahlen den denkbar größten Vorstoß.

Seine Schreibsachen zusammen, legte sie geräuschvoll in sein Regal und zog aus der Rocktasche Schwarzbrod sammt einem Stück Blutwurst.

„Herr Dabicht, es ist noch nicht 1 Uhr!“ schnarrte Musselich ergrimmt.

„Ich habe Hunger und habe genug gearbeitet für diesen Vormittag!“ erwiderte der Schreiber mit schneidender Stimme. „Wenn's dem Herrn Doktor nicht recht ist, mag er mich fortschicken!“

„Also Aufsehung gegen die Disziplin!“ schrie Musselich empört.

„Ja, Aufsehung gegen die Disziplin!“ entgegnete der Schreiber trocken und hieb mit seinem Messer in das Brod hinein.

„Man wird Ihnen einen Abzug von ihrem Gehalte machen.“

„Abzug von meinem Gehalte?“ lachte der Schreiber. „Zwanzehn Thaler den Monat, macht 15 Groschen den Tag. Von früh 8 bis Mittags 1 Uhr und von 2 bis 7 Uhr Abends macht 10 Stunden oder 40 Viertelstunden: der 40. Theil von 15 Groschen ergibt noch lange keinen halben Groschen für die Viertelstunde. So viel kann man schon einmal d'ranwenden; da schränkt man sich etwas ein mit seinen Bedürfnissen, und mit der Zeit pflückt man Rosen.“

„Ich werde Ihr widerspenstiges Benehmen dem Herrn Prinzipal bei seiner Rückkehr vermelden“, drohte Musselich. „Thun Sie das, Herr Musselich“, erwiderte der Schreiber trocken und goß sich ein Glas aus der Wasserflasche voll.

„Zu Tische, meine Herren!“ schnarrte nummehr der Expeditionsvorstand, den der Grimm nicht länger ruhig sitzen ließ, und erhob sich geräuschvoll.

Ohne den geringsten Versuch zu kapperten alsbald die Bulle, die Schmel wurden zurückgeschoben und die hungrige Jugend eilte mit einem „Gegnete Wahlzeit“ hurtig von dannen. Auch Musselich bereitete sich diesmal mehr als gewöhnlich, um nicht mit seinem widerspenstigen Untergebenen allein zu bleiben.





Dann werden auch die Berichte besser werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Köstler (Widb): Die Unternehmer sind in vollem Recht, wenn sie sich vereinigen, um sich gegen die Arbeiter zu schützen; denn nicht selten fuchen diese die Arbeitgeber zu schädigen;...

Abg. Webel (Soz.): Die Boykottirungen haben nicht auf Seiten der Arbeiter angefangen, sondern auf Seiten der Unternehmer und der Staatsbehörden. Im Jahre 1878 namentlich trat ein großer Boykott ein nach den Attentaten, für welche man die Sozialdemokraten verantwortlich machte. Da erklärten alle Privatunternehmer und Staatswerkstätten, daß sie keinen sozialdemokratischen Arbeiter einstellen würden. Bei der Marine und den Militärwerkstätten gilt ja das heute noch, wie es in der vorjährigen Staatsberathung noch festgesetzt wurde. Wo die Polizei kein anderes Mittel gegenwärtig den Sozialdemokraten hat, da deckt sie sich hinter die Gewerthe, welche den Sozialdemokraten ihre Säle zu Versammlungen verweigern müssen. In A. g. b. u. v. sind 18 Vorkämpfer von Seiten des Militärs Beweise des Besuchs ergangen, weil dort auch Sozialdemokraten verkehren. Die Staats-Eisenbahnverwaltung unter Führung des Herrn von Maybach hat sich ja mit den Herren Kühnemann und Konforten verbunden, um jeden sozialdemokratischen Arbeiter aus den Werkstätten herauszumapregeln. Dadurch sind wir selbstverständlich zu Gegenmaßnahmen genöthigt und jede andere Partei in der gleichen Lage würde ebenso verfahren. Ungerechtfertigten Boykotts treten wir immer entgegen, wie auch ich ja hier in einer Versammlung vor anderthalb Jahren mich gegen den Bierboykott aussprach. (Abg. Köstler: Nachdem der Boykott ins Wasser gefallen war.) Nein, sondern da es mir nicht früher möglich war, mich zu dieser Sache hier in Berlin anzusprechen. Wir standen damals noch unter dem Sozialistengesetz. Was den hiesigen Brauerboykott anlangt, so ist er durchaus gerechtfertigt, denn dort sind, wie wohl sehr häufig sonst auch, die Bierwirthe gar nicht verantwortlich zu machen für den Ausschluß der Sozialdemokraten, sondern diese Wirthe sind völlig in den Händen der Brauereien, und um sie von diesem Zwang zu befreien, muß man eben die Brauereien boykottiren. Der Boykott ist ja ein ganz abschließendes Kampfmittel, deswegen schon, weil die von ihm getroffenen Arbeiter gar nicht wissen, daß sie verfolgt werden, bis sie sich nach Arbeit umsehen und keine finden. Das ist aber eben der wirtschaftliche Krieg, wir haben ihn nicht angefangen, wir haben nur den Fehdehandschuh aufgenommen. Ein Unternehmer, Körtling, der sich durch Maßregelungen und Boykottirungen sehr hervorgethan hat, ist kürzlich in Hannover dadurch geëhrt worden, daß man eine Straße nach seinem Namen nannte. Man hat den in Preußen freilich mißlungenen Versuch gemacht, die Aufforderung zum Boykott als groben Unfug zu bestrafen, in Sachsen ist man aber damit durchgekommen und hat sogar einen meiner Genossen in Sagan zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt, weil er den Arbeitern den doch wohl zulässigen Rath gab, nicht das konservative, sondern das sozialdemokratische Blatt zu lesen, womit er die Aufforderung zum Boykott, also groben Unfug begangen haben sollte. Auch ich sehe in den uns zugegangenen Fabrikinspektorsberichten nur unvollständige und tendenziös gegen die Arbeiter gerichtete Berichte; das erklärt sich daraus, daß Herr Widmarck ein Gegner der Fabrikinspektion war, wie er denn auch dem Fabrikinspektor, der seine Varziner Fabrik revidiren wollte, die Thüre wies, und die Inspektoren natürlich nicht oben ansichtig Berichte liefern wollten; jetzt haben sich die Herren noch nicht an den etwas anderen neuen Geist gewöhnen können, der in der Verwaltung herrscht. Die Berichte können auch nicht erschöpfend sein, weil die pensionirten Offiziere, die man häufig zu Fabrikinspektoren macht, bei aller Gewissenhaftigkeit, die sie haben mögen, nicht die gehörige Vorbildung besitzen, und die Reflektoren, die man jetzt ebenfalls nicht selten zugleich zu Fabrikinspektoren beruft, wohl tüchtige Maschineningenieure sein mögen, ohne die zum Fabrikinspektorat nöthigen Charaktereigenschaften zu besitzen. Wenn übrigens schon von den Fabrikinspektoren Berichte eingereicht werden, so sollte man sie uns doch direkt zugänglich machen, und nicht den Anzuz, der nicht selten die Berichte nicht ganz richtig wiedergibt. Uebrigens enthält der Bericht des Potsdamer Inspektors einen Bericht der Potsdamer Gutmachers-Produktionsgenossenschaft, der sich über die Art, wie diese Genossenschaft die Hälte vertheilt, in Bemerkungen politischer, also in dem Bericht unzulässiger Art ergeht, und in so fern, als er sagte, diese Genossenschaft sei bankrott gegangen, eine unrichtige und die Genossenschaft schädigende Bemerkung enthält; ein amtlicher Bericht sollte sich doch auf bessere Informationen stützen, von solche Fehlmäher zu vermeiden. Zuletzt möchte ich noch eine Frage an den Herrn Staatssekretär richten. Die Arbeiterschutznovelle sieht für gewisse Ausnahmen von den in ihr enthaltenen Bestimmungen ein Verzeichniß von Betrieben vor, auf welches diese Ausnahmen Anwendung finden sollen; nun erfordern ja Ermögungen über die Zusammenstellung eines solchen Verzeichnisses eine gewisse Zeit, aber es ist ein Jahr vergangen, und da könnten diese Ermögungen vielleicht doch abgeschlossen sein; nun stand in der Presse die Noth, daß dieses Verzeichniß nicht einmal bis zum Ende dieses Jahres würde erscheinen können. Diese Noth hat eine große Beunruhigung in der Arbeiterwelt hervorgerufen, und ich möchte eben den Herrn Staatssekretär fragen, wie weit diese Angelegenheit gediehen ist.

Abg. Köstler (Widb) billigt es, daß sozialdemokratische Arbeiter wegen ihrer politischen Gesinnung aus der Arbeit entfernt werden; aber daraus, daß dies manchmal geschehen ist, folgt doch nicht, daß die Arbeiter sich jetzt in einem Kriegszustande befinden und Unrecht thun dürfen. Ein Unrecht ist aber der Boykott, namentlich war ein solches Unrecht der Berliner Boykott. Angesichts des Entgegenkommens gegen die Wünsche der Arbeiter kann man doch nicht mehr davon sprechen, daß diese sich jetzt in einem Kriegszustand gegenüber der gesammten anderen Gesellschaft befinden. Wenn Unternehmer und auch Behörden und Gerichte gegenüber den Sozialdemokraten manchmal noch zu weit gehen, so ist das darin begründet, daß das Sozialistengesetz einmal mit seiner scharfen Handhabung bestand.

Abg. Köstler (Widb) liberal) nimmt die Unternehmer in Schutz gegenüber den Vorwürfen, daß sie unbedingte Verbände gebildet haben; solche Verbände waren notwendig, weil die Arbeiter, besonders die Sozialdemokraten, von den Unternehmern oft genug Dinge verlangt haben, die sie geradezu nicht leisten konnten, wie z. B. der Boykott gegen die Brauereien in Halle a. S. beweise. Weil die eine Brauerei keinen Einfluß auf einen Wirth wegen seines Saales ausüben wollte, wurde die Brauerei boykottirt und als die anderen Brauereien sich zusammenthaten, um diese eine Brauerei schadlos zu halten, wurden sie sämmtlich boykottirt. Das ist keine Gerechtigkeit.

Abg. Webel: Daß Herr Köstler den Unmuth der Unternehmer erregt hat, ist kein Wunder. Als ein galizischer Inspektor gegen ähnliche barbarische Zustände Front machte, erhob sich ein wahrer Entrüstungssturm in Petitionen wegen Abernennung dieses Beamten. Die Unternehmerschaft kann es eben absolut nicht vertragen, wenn sie dem Arbeiter gegenüber Unrecht bekommt. Die Boykotts haben schon Anfang der sechziger Jahre in Sachsen ihren Anfang genommen. Auch im Kriege sind noch lange nicht alle Mittel recht, auch der Krieg zwischen der Bourgeoisie und den Arbeitern muß gewisse Grenzen haben und häufig sind die Grenzen dieses Kampfes vorzugsweise von den Unternehmern überschritten worden. Den geheimen, feigen Kampf mit den schwarzen Hünen muß jeder Arbeiter auf das Entschiedenste verurtheilen; jetzt wird auch offiziell erklärt, daß auch die fiskalischen Betriebe das Recht hätten, Arbeiter, deren politische Gesinnung mit der der Staatsgewalt nicht harmonirt, aus den Betrieben auszuschließen. Wie man im Mittelalter religiöse Keger verbrannte, so verfährt man jetzt politische Keger. Die linke Seite hat diese Kampfmethode verurtheilt, als es sich um die Mahregelung sächsischer Beamten handelte und die konservative Seite wird jetzt gewahrt, daß diese Waffe eine zweischneidige ist. Jetzt wird von Seiten des Staatssekretärs feierlich der Grundfalsch proklamiert, daß in fiskalischen Betrieben Sozialdemokraten nicht arbeiten dürfen. Das wird konsequenter Weise dahin führen, daß auch die Unternehmer verlangen, daß der Arbeiter so stimmt, wie sie wollen. Das dieses schließlich zu einem Zustande führte, der mit einer gewaltigen Aktion einzig und allein endigen müßte, darüber ist für mich gar kein Zweifel. Daß auch die Staatsgewalt den Boykott über die Arbeiter verhängt, geht aus einem Erlaß des früheren Kriegsministers v. Werdy an die Schwachkopfsche Fabrik hervor, in welchem die Direktoren angewiesen werden, alle sozialdemokratischen Elemente, nicht bloß organisirte Arbeiter aus der Fabrik fern zu halten. Das verlangt selbstverständlich derselbe Minister, der von den sozialistischen Arbeitern verlangt, daß sie ihre Steuern zahlen und ihre gesunden Knochen, ihr Gut und Blut zur Erhaltung dieses Staates, wie ihn Herr v. Werdy sich denkt, hergeben. Das ist ein so verwerflicher Standpunkt, daß ich kaum annehmen kann, daß ein Mitglied dieses Hauses ihn offen und rückhaltlos zu vertreten wagen würde. Der Boykott gegen die Berliner Brauereien ist keineswegs ins Wasser gefallen; er wurde in Szene gesetzt, damit uns eine Reihe von Versammlungsgleichen wieder zugänglich wurde. Das ist uns gelungen; eine große Anzahl von Lokalen steht uns offen, die Wirthe haben kein Klein beigetragen.

Staatssekretär v. Wittlicher: Ich bleibe dabei, daß eine Vorschrift, wie Herr Webel sie in den fiskalischen Arbeitsordnungen als vorhanden annimmt, daß nämlich Sozialdemokraten von der Arbeit in Staatsbetrieben ausgeschlossen werden können, nicht unter den Begriff des Boykotts fällt, denn eine solche Vorschrift verpflichtet niemand anders. Zu dem Boykott gehört notwendig das Zusammenwirken eines größeren Kreises von Personen, was hier bei der Arbeitsordnung selbstverständlich nicht vorhanden ist. Wenn nun der Herr Vorredner behauptet, ich hätte feierlich proklamiert den Ausschluß der Sozialdemokraten von fiskalischen Betrieben, so kann ich aus meiner eigenen Praxis mittheilen, daß es eine Reihe von fiskalischen Betrieben giebt, in denen ein solcher Erlaß nicht existirt. Ueber die Form der Berichte der Fabrikinspektoren ist fast in jedem Jahre hier verhandelt und gestritten worden. Ich erkläre mich auch diesmal bereit, die Berichte einzeln Ihnen mitzutheilen, wenn Sie dies beschließen sollten. Bis jetzt hat sich die Mehrheit für den Anzuz entschieden. Dies dürfte zur Empfehlung des Titels I genügen. (Heiterkeit.)

Abg. Hartmann bittet, den Titel I endlich zu bewilligen. Abg. Webel: Ich verstehe, daß die Worte „feierlich proklamiert“ dem Herrn Staatssekretär etwas nahe gegangen sind. Wenn er in seinen Betrieben einen solchen Standpunkt, wie ich ihn gekennzeichnet habe, nicht vertritt, so ist mir doch angenehmer zu hören. Die Militär- und Eisenbahnverwaltung vertritt ihn aber. Ob das als Boykott angesehen wird oder nicht, kann dem Arbeiter gleichgültig sein. Titel I wird bewilligt, ebenso die übrigen Befolgungen für die Beamten des Reichsamts des Innern. Gegen 6 Uhr wird die weitere Verathung des Etats auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

lehnte aber diesen Besuch mit dem allerdings sozialdemokratisch gesinnten Herrn ab. Die Fabrikanten traten noch am selben Abend zusammen und beschwerten sich bei der Regierung. Herr Köstler ist nun zum Glück nicht gemahregelt worden. Man ersieht daraus, wie weit die Fabrikanten die Berechtigung der Fabrikinspektoren anerkennen, wenn es sich darum handelt, aufzudecken, was sie gegen das Interesse der Arbeiter in ihren Fabriken bulden.

Abg. Köstler (Widb) liberal) nimmt die Unternehmer in Schutz gegenüber den Vorwürfen, daß sie unbedingte Verbände gebildet haben; solche Verbände waren notwendig, weil die Arbeiter, besonders die Sozialdemokraten, von den Unternehmern oft genug Dinge verlangt haben, die sie geradezu nicht leisten konnten, wie z. B. der Boykott gegen die Brauereien in Halle a. S. beweise. Weil die eine Brauerei keinen Einfluß auf einen Wirth wegen seines Saales ausüben wollte, wurde die Brauerei boykottirt und als die anderen Brauereien sich zusammenthaten, um diese eine Brauerei schadlos zu halten, wurden sie sämmtlich boykottirt. Das ist keine Gerechtigkeit.

Abg. Webel: Daß Herr Köstler den Unmuth der Unternehmer erregt hat, ist kein Wunder. Als ein galizischer Inspektor gegen ähnliche barbarische Zustände Front machte, erhob sich ein wahrer Entrüstungssturm in Petitionen wegen Abernennung dieses Beamten. Die Unternehmerschaft kann es eben absolut nicht vertragen, wenn sie dem Arbeiter gegenüber Unrecht bekommt. Die Boykotts haben schon Anfang der sechziger Jahre in Sachsen ihren Anfang genommen. Auch im Kriege sind noch lange nicht alle Mittel recht, auch der Krieg zwischen der Bourgeoisie und den Arbeitern muß gewisse Grenzen haben und häufig sind die Grenzen dieses Kampfes vorzugsweise von den Unternehmern überschritten worden. Den geheimen, feigen Kampf mit den schwarzen Hünen muß jeder Arbeiter auf das Entschiedenste verurtheilen; jetzt wird auch offiziell erklärt, daß auch die fiskalischen Betriebe das Recht hätten, Arbeiter, deren politische Gesinnung mit der der Staatsgewalt nicht harmonirt, aus den Betrieben auszuschließen. Wie man im Mittelalter religiöse Keger verbrannte, so verfährt man jetzt politische Keger. Die linke Seite hat diese Kampfmethode verurtheilt, als es sich um die Mahregelung sächsischer Beamten handelte und die konservative Seite wird jetzt gewahrt, daß diese Waffe eine zweischneidige ist. Jetzt wird von Seiten des Staatssekretärs feierlich der Grundfalsch proklamiert, daß in fiskalischen Betrieben Sozialdemokraten nicht arbeiten dürfen. Das wird konsequenter Weise dahin führen, daß auch die Unternehmer verlangen, daß der Arbeiter so stimmt, wie sie wollen. Das dieses schließlich zu einem Zustande führte, der mit einer gewaltigen Aktion einzig und allein endigen müßte, darüber ist für mich gar kein Zweifel. Daß auch die Staatsgewalt den Boykott über die Arbeiter verhängt, geht aus einem Erlaß des früheren Kriegsministers v. Werdy an die Schwachkopfsche Fabrik hervor, in welchem die Direktoren angewiesen werden, alle sozialdemokratischen Elemente, nicht bloß organisirte Arbeiter aus der Fabrik fern zu halten. Das verlangt selbstverständlich derselbe Minister, der von den sozialistischen Arbeitern verlangt, daß sie ihre Steuern zahlen und ihre gesunden Knochen, ihr Gut und Blut zur Erhaltung dieses Staates, wie ihn Herr v. Werdy sich denkt, hergeben. Das ist ein so verwerflicher Standpunkt, daß ich kaum annehmen kann, daß ein Mitglied dieses Hauses ihn offen und rückhaltlos zu vertreten wagen würde. Der Boykott gegen die Berliner Brauereien ist keineswegs ins Wasser gefallen; er wurde in Szene gesetzt, damit uns eine Reihe von Versammlungsgleichen wieder zugänglich wurde. Das ist uns gelungen; eine große Anzahl von Lokalen steht uns offen, die Wirthe haben kein Klein beigetragen.

Staatssekretär v. Wittlicher: Ich bleibe dabei, daß eine Vorschrift, wie Herr Webel sie in den fiskalischen Arbeitsordnungen als vorhanden annimmt, daß nämlich Sozialdemokraten von der Arbeit in Staatsbetrieben ausgeschlossen werden können, nicht unter den Begriff des Boykotts fällt, denn eine solche Vorschrift verpflichtet niemand anders. Zu dem Boykott gehört notwendig das Zusammenwirken eines größeren Kreises von Personen, was hier bei der Arbeitsordnung selbstverständlich nicht vorhanden ist. Wenn nun der Herr Vorredner behauptet, ich hätte feierlich proklamiert den Ausschluß der Sozialdemokraten von fiskalischen Betrieben, so kann ich aus meiner eigenen Praxis mittheilen, daß es eine Reihe von fiskalischen Betrieben giebt, in denen ein solcher Erlaß nicht existirt. Ueber die Form der Berichte der Fabrikinspektoren ist fast in jedem Jahre hier verhandelt und gestritten worden. Ich erkläre mich auch diesmal bereit, die Berichte einzeln Ihnen mitzutheilen, wenn Sie dies beschließen sollten. Bis jetzt hat sich die Mehrheit für den Anzuz entschieden. Dies dürfte zur Empfehlung des Titels I genügen. (Heiterkeit.)

Abg. Hartmann bittet, den Titel I endlich zu bewilligen. Abg. Webel: Ich verstehe, daß die Worte „feierlich proklamiert“ dem Herrn Staatssekretär etwas nahe gegangen sind. Wenn er in seinen Betrieben einen solchen Standpunkt, wie ich ihn gekennzeichnet habe, nicht vertritt, so ist mir doch angenehmer zu hören. Die Militär- und Eisenbahnverwaltung vertritt ihn aber. Ob das als Boykott angesehen wird oder nicht, kann dem Arbeiter gleichgültig sein. Titel I wird bewilligt, ebenso die übrigen Befolgungen für die Beamten des Reichsamts des Innern. Gegen 6 Uhr wird die weitere Verathung des Etats auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Abg. Köstler (Widb) liberal) nimmt die Unternehmer in Schutz gegenüber den Vorwürfen, daß sie unbedingte Verbände gebildet haben; solche Verbände waren notwendig, weil die Arbeiter, besonders die Sozialdemokraten, von den Unternehmern oft genug Dinge verlangt haben, die sie geradezu nicht leisten konnten, wie z. B. der Boykott gegen die Brauereien in Halle a. S. beweise. Weil die eine Brauerei keinen Einfluß auf einen Wirth wegen seines Saales ausüben wollte, wurde die Brauerei boykottirt und als die anderen Brauereien sich zusammenthaten, um diese eine Brauerei schadlos zu halten, wurden sie sämmtlich boykottirt. Das ist keine Gerechtigkeit.

Abg. Webel: Daß Herr Köstler den Unmuth der Unternehmer erregt hat, ist kein Wunder. Als ein galizischer Inspektor gegen ähnliche barbarische Zustände Front machte, erhob sich ein wahrer Entrüstungssturm in Petitionen wegen Abernennung dieses Beamten. Die Unternehmerschaft kann es eben absolut nicht vertragen, wenn sie dem Arbeiter gegenüber Unrecht bekommt. Die Boykotts haben schon Anfang der sechziger Jahre in Sachsen ihren Anfang genommen. Auch im Kriege sind noch lange nicht alle Mittel recht, auch der Krieg zwischen der Bourgeoisie und den Arbeitern muß gewisse Grenzen haben und häufig sind die Grenzen dieses Kampfes vorzugsweise von den Unternehmern überschritten worden. Den geheimen, feigen Kampf mit den schwarzen Hünen muß jeder Arbeiter auf das Entschiedenste verurtheilen; jetzt wird auch offiziell erklärt, daß auch die fiskalischen Betriebe das Recht hätten, Arbeiter, deren politische Gesinnung mit der der Staatsgewalt nicht harmonirt, aus den Betrieben auszuschließen. Wie man im Mittelalter religiöse Keger verbrannte, so verfährt man jetzt politische Keger. Die linke Seite hat diese Kampfmethode verurtheilt, als es sich um die Mahregelung sächsischer Beamten handelte und die konservative Seite wird jetzt gewahrt, daß diese Waffe eine zweischneidige ist. Jetzt wird von Seiten des Staatssekretärs feierlich der Grundfalsch proklamiert, daß in fiskalischen Betrieben Sozialdemokraten nicht arbeiten dürfen. Das wird konsequenter Weise dahin führen, daß auch die Unternehmer verlangen, daß der Arbeiter so stimmt, wie sie wollen. Das dieses schließlich zu einem Zustande führte, der mit einer gewaltigen Aktion einzig und allein endigen müßte, darüber ist für mich gar kein Zweifel. Daß auch die Staatsgewalt den Boykott über die Arbeiter verhängt, geht aus einem Erlaß des früheren Kriegsministers v. Werdy an die Schwachkopfsche Fabrik hervor, in welchem die Direktoren angewiesen werden, alle sozialdemokratischen Elemente, nicht bloß organisirte Arbeiter aus der Fabrik fern zu halten. Das verlangt selbstverständlich derselbe Minister, der von den sozialistischen Arbeitern verlangt, daß sie ihre Steuern zahlen und ihre gesunden Knochen, ihr Gut und Blut zur Erhaltung dieses Staates, wie ihn Herr v. Werdy sich denkt, hergeben. Das ist ein so verwerflicher Standpunkt, daß ich kaum annehmen kann, daß ein Mitglied dieses Hauses ihn offen und rückhaltlos zu vertreten wagen würde. Der Boykott gegen die Berliner Brauereien ist keineswegs ins Wasser gefallen; er wurde in Szene gesetzt, damit uns eine Reihe von Versammlungsgleichen wieder zugänglich wurde. Das ist uns gelungen; eine große Anzahl von Lokalen steht uns offen, die Wirthe haben kein Klein beigetragen.

Staatssekretär v. Wittlicher: Ich bleibe dabei, daß eine Vorschrift, wie Herr Webel sie in den fiskalischen Arbeitsordnungen als vorhanden annimmt, daß nämlich Sozialdemokraten von der Arbeit in Staatsbetrieben ausgeschlossen werden können, nicht unter den Begriff des Boykotts fällt, denn eine solche Vorschrift verpflichtet niemand anders. Zu dem Boykott gehört notwendig das Zusammenwirken eines größeren Kreises von Personen, was hier bei der Arbeitsordnung selbstverständlich nicht vorhanden ist. Wenn nun der Herr Vorredner behauptet, ich hätte feierlich proklamiert den Ausschluß der Sozialdemokraten von fiskalischen Betrieben, so kann ich aus meiner eigenen Praxis mittheilen, daß es eine Reihe von fiskalischen Betrieben giebt, in denen ein solcher Erlaß nicht existirt. Ueber die Form der Berichte der Fabrikinspektoren ist fast in jedem Jahre hier verhandelt und gestritten worden. Ich erkläre mich auch diesmal bereit, die Berichte einzeln Ihnen mitzutheilen, wenn Sie dies beschließen sollten. Bis jetzt hat sich die Mehrheit für den Anzuz entschieden. Dies dürfte zur Empfehlung des Titels I genügen. (Heiterkeit.)

Abg. Hartmann bittet, den Titel I endlich zu bewilligen. Abg. Webel: Ich verstehe, daß die Worte „feierlich proklamiert“ dem Herrn Staatssekretär etwas nahe gegangen sind. Wenn er in seinen Betrieben einen solchen Standpunkt, wie ich ihn gekennzeichnet habe, nicht vertritt, so ist mir doch angenehmer zu hören. Die Militär- und Eisenbahnverwaltung vertritt ihn aber. Ob das als Boykott angesehen wird oder nicht, kann dem Arbeiter gleichgültig sein. Titel I wird bewilligt, ebenso die übrigen Befolgungen für die Beamten des Reichsamts des Innern. Gegen 6 Uhr wird die weitere Verathung des Etats auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Communales.

Die Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, Nachmittags 5 Uhr enthält u. A.: Vorlage, betr. die Veräußerung eines todgelegenen Theiles der Torfstraße — desgl., betr. die Regulirung des Löhnpfahes — desgl., betr. die Erwerbung von Straßenland vor den Grundstücken Wallstr. 86 und 87, sowie vor dem Grundstück Mühlstr. 10 — desgl., betr. den Neubau der Potsdamer Brücke und die Verbreiterung des Fahrbaumes der Potsdamerstraße vom Potsdamer Platz bis zur Löhnpfahstraße — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betr. den Erlaß eines Ortsstatuts in Bezug auf die Beschäftigung von Schülern, Lehrlingen und Arbeitern an Sonn- und Festtagen — Vorlage, betr. die Erwerbung des von dem Herrnmannschen Grundstückes zur Anlage der Straße 44, Abtheilung XIII, erforderlichen Landes — desgl., betr. die Erwerbung des Grundstücks Frankfurter Allee 68 — desgl., betr. die Regelung der Sonntagsruhe im Handeltsgewerbe zu Berlin.

Den Veteranen an der Arbeit erwartet unter der Herrschaft des Kapitals ein trauriges Schicksal. Wenn der Arbeiter seine Kraft aufgebraucht hat, wenn er alt geworden ist und nicht mehr das zu leisten vermag, wie die jüngere Generation, dann steht man ihm den Stuhl vor die Thüre und er kann sehen, wo er bleibt. Die himmelschreiende Ungerechtigkeit, die in einem solchen Verfahren liegt, ist von der Regierung auch anerkannt worden und sie hat den Versuch unternommen, Abhilfe zu schaffen. Wie dieser Versuch ausgefallen ist, davon liefert das folgende „Abegefeh“ einen hervorragenden Beweis. Selbst wenn man den guten Willen der Regierung anerkennen wollte und selbst wenn dieselbe geneigt wäre, mehr für die Arbeiterveteranen zu thun, so würde sie dies doch nicht ausführen können, weil eben heute das Kapital mehr regiert, als die Regierung.

Ein Beispiel von der Behandlung der Veteranen der Arbeit liegt uns heute wieder vor. Als kräftiger junger Tischler von etwa 30 Jahren trat der Mann bei Vorj. ein. Hier blieb derselbe sieben Jahr, um Anfang der 60er Jahre bei einer Firma in Moabit einzutreten. Bis zum Weihnachtstfest 1891 verbrauchte der Arbeiter seine Kräfte im Dienste dieser Firma, um ein Weihnachtsgeschenk in folgender Form zu erhalten: Der Tischler Heinrich Weber, geboren am 23. September 1824, ist als solcher, sowie als Dachpappen-Arbeiter vom 6. Juni 1862 ab bis zum 24. Dezember 1891 ununterbrochen in unserer Fabrik beschäftigt gewesen, und hat sich stets die größte Zufriedenheit seiner Arbeitgeber zu erhalten gewußt. Sein Abgang erfolgte durch Uebergang der Firma in andere Hände, welche das Heranziehen jüngerer Kräfte nöthig machte. Albert Danke u. Co.

Es liegt uns fern, der alten oder der neuen Firma einen Vorwurf machen zu wollen, deshalb, weil sie sich des alten, nicht mehr leistungsfähigen Arbeiters entledigen. Das ist ihr Recht; es wäre unflug, wenn der Arbeitgeber von diesem Recht keinen Gebrauch machte. Deshalb unflug, weil der Konkurrent, als smarter Geschäftsmann, sich schon längst die alten Arbeiter abgeholt hat und nur noch mit jungen Kräften arbeitet. Eine Frage aber: Was wird nun aus dem 70jährigen entlassenen Arbeiter? Nach der Ansicht der Bourgeoisie muß der Mann unbedingt in der langen Reihe seiner Arbeitsjahre „gespart“ haben und zwar soviel, daß er bequem leben kann. Auf welche Weise es dem Manne möglich gewesen sein soll, Geld auf die hohe Kante zu legen, wird nicht vertragen, dafür giebt es kein unfehlbares Rezept. Aber der Arbeiter soll und muß sparen!

Und wenn es ihm nun beim besten Willen nicht möglich gewesen ist, etwas zurückzulegen, was dann? Dann hat der siebzighrige Arbeiter das Recht, betteln zu gehen, so lange, bis ihn der erste Kriminalbeamte aufgreift. Das ist auch ein Kapitel aus der Geschichte der modernen „Sozialpolitik“.

Ein „Vermißter“. Vergangenen Freitag erschien eine abgehärmte Frau in unserem Bureau, um ihränen Augen zu melden, daß ihr Ehemann seit länger denn acht Tagen spurlos verschwunden sei. Wir gaben der armen Frau den Rath, die Presse für die Sache zu interessieren und dafür Sorge zu tragen, daß möglichst sämtliche Zeitungen Berlins einen den Vermißten betreffenden Artikel bräuchten. Das ist auch geschehen und die Blätter veröffentlichten folgende Notiz: Vermißt. Der Arbeiter Wilhelm Schiele aus Friedrichsberg verließ am Mittwoch, den 30. Dezember v. J. seine Wohnung, um eine kleine Beforgung auszuführen, ist jedoch bis heute noch nicht zurückgekehrt. Da S. schon seit Oktober arbeitslos ist, so lebte er mit seiner fünf Köpfe starken Familie in größter Noth; es liegt deshalb auch die Vermuthung nahe, daß er sich in einem Anfälle der Verzweiflung das Leben genommen habe. S. ist 48 Jahre alt, circa 1,90 Meter groß, von schmächlicher Statur, trägt einen schwarzen Vollbart und war bekleidet mit braunem Arbeitsjacket, englischeren Hosen und Schafstiefeln u. s. w.

Dienstag Nachmittag kam ein Arbeiter nach unserer Redaktion und präsentirte sich als Herr Wilhelm Schiele aus Friedrichsberg. Der wieder gefundene Vermißte! Der Mann erzählte uns folgende Leidensgeschichte: Am 30. Dezember v. M. trat ich ab Friedrichsberg die gewohnte „Tagesreise“ an, d. h. ich ging nach Berlin, um Arbeit zu suchen. Seit Wochen war in meiner Familie kein Sechser Geld vorhanden. Daß meine Frau verdiente, wanderte zum Badiker, um für die Familie (fünf Köpfe) die nothwendigsten Lebensmittel heranzuschaffen. In jenem verhängnisvollen Tage hatte ich zu Hause eine trockene Schrippe geessen. Nachdem ich bis zum Spätnachmittag auf dem Berliner Pflaster von Pontius zu Pilatus gelaufen war, den Arbeitsmarkt des Volalangeiger und des Intelligenz-Blattes gelesen hatte und vergeblich nach zwei freien Stellen gelaufen war, war's mit meiner Kraft zu Ende. Wollte ich nicht auf dem Pflaster zusammenbrechen, mußte ich etwas essen. Woher das aber nehmen? Keinen Pfennig in der Tasche, mußte ich das Mitleid meiner Mitmenschen in Anspruch nehmen. Ich wollte gewiß nicht „betteln“, — da sehe ich die Adlerseines Bäckerladens. Brot und Schrippen lagen darin, ich hätte die Fensterscheibe durchbeissen können. Unentschlossen ging ich auf und ab vor der Anstalt, endlich nahm ich all' meinen Mut zusammen, ging hinein und frug den Wäcker, ob er mir nicht eine Schrippe geben wolle, da ich essen müßte, sonst bliebe ich auf der Straße liegen. Der brave Mann warf einen prüfenden Blick auf mich und reichte mir ohne Weiteres eine Schrippe. Seelenvergnügt verließ ich den Laden, wie wollte ich schmelzen! Raum auf der Straße angelangt und den ersten Witz in die Schrippe gethan, wurde ich angehalten von einem Herrn in Zivil, der mir eine Marke vorzeigte und mich aufforderte, ihm sofort nach dem nächsten Polizeibureau zu folgen. Das war ein Kriminalbeamter. Ich wurde wegen „Bettelns“ in Haft genommen und schließlich wegen dieses Verbrechens, das ich mir angeeignet hatte zu schulden kommen lassen, zu 10 Tagen Haft verurtheilt. Ich erkläre mich bereit, die Strafe sofort verbüßen zu wollen, hatte man mir doch gesagt, daß meine Familie von meinem Verbleib in Kenntniß gesetzt werden solle. Schwester, Neujahr u. s. w. brannnte ich meine „Strafe“ ab und erschien dann wieder bei meiner Familie, die mich schon todt geglaubt hatte.

So weit die Erzählung des wiedererfindenen Vermißten. Es ist nicht notwendig, dieselbe mit Nuancirungen zu versehen, sie giebt in schlichter Sprache das wieder, was einem Verschollenen in Berlin heute passiren kann. Sind das menschenwürdige Zustände? Der Mann, dem ein besser Situirter ein Brot schenkt, wird wegen Bettelns eingesperrt, ihm wird die Möglichkeit genommen, sich mit seiner Frau und seiner Familie zu verständigen. Zu Haus herrscht Todesfurchen, herrscht das Elend. Die arme Frau weiß nicht aus, nicht ein, der Mann geht weg, er kommt innerhalb einer Woche nicht zurück! Es kommt auch keine Nachricht, muß da nicht angenommen werden, daß ein Sprung in die Spree auf der Sorge ein Ende gemacht hat?

Das Schicksal des vermissten und wiedergefundenen Arbeiters Schiele liefert auch einen Beitrag zur „Humanität des zwanzigsten Jahrhunderts“.

Die „Freie Volksbühne“ als „politischer Verein“. Es dürfte interessant sein, die Gründe kennen zu lernen, welche das Ober-Verwaltungsgericht bestimmten, die „Freie Volksbühne“ für einen politischen Verein zu erklären. In dem vom „Reichs-Anzeiger“ publizirten Urtheil heißt es: Während der Verein nach den Angaben des klagenden Dr. Wille nur die Ausbreitung der naturalistischen Richtung der Literatur unter der Arbeiterbevölkerung und eine „Revolution“ nur auf dem Gebiete der Kunst anstreben soll, lassen nach der Feststellung des Gerichtsbofs

Die politische Thätigkeit der Leiter und der meisten Mitglieder des Vereins, die tendenziöse Auswahl der vorgeführten Dramen (Hofen's „Stützen der Gesellschaft“, Sudermann's „Ehre“, Schiller's „Kabale und Liebe“, Hauptmann's „Vor Sonnenaufgang“, Dörmann's „Der Beibehaltene“) und insbesondere die zu diesen in den Vereinsversammlungen vorgelegenen Erläuterungen, worin auf die Unhaltbarkeit der dargestellten Verhältnisse in der Gesellschafts- und Staatsorganisation und auf das Bedorfen des Kampfes hingewiesen wurde, wie am Ausgange des vorigen Jahrhunderts hingewiesen wurde, seinen Zweifel über die wirkliche Tendenz des Vereins, diese Befehle nicht lediglich in der Befriedigung des Kunstbedürfnisses und Läuterung des Kunstgeschmacks, sondern die Organe des Vereins hätten tatsächlich und benutzt die dramatische Kunst bedarfs Muregung von Gefühlen, Vorurtheilen und Leidenschaften weiter Schichten der Bevölkerung in den Dienst der Parteipropaganda gestellt, um auf Aenderung der bestehenden Gesellschaftsordnung hinzuwirken, und damit den Zweck der Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten erkennbar gemacht.

Am Sonnabend fand in der Buchdruckerei der von der Freien Vereinigung der Kaufleute zu Gunsten der streikenden Buchdrucker veranstaltete Kommerzstag statt. Trotz der ungünstigen Witterung waren etwa 500 Personen erschienen. Der Genosse Kaufmann Türk wies mit einigen einleitenden Worten auf den Zweck der Festlichkeit hin, worauf Genosse Kaufmann Drensfurth seinen Prolog sprach. In bunter Reihe wechselten nun die Vorträge des Gesangsvereins „Berliner Typographia“ mit den gelungenen Leistungen der Herren Massini, Röhm und Drensfurth, welche allgemeinen Beifall fanden. Einige gemeinschaftliche Gesänge der Festtheilnehmer veranlassten allgemeine gemüthliche Stimmung. Nach Erledigung des Programmes wurden noch vom Kaufmann Türk und Buchdrucker Massini sündende Neben gehalten, in welchen empfohlen wurde, die Solidarität stets hoch zu halten und für die Ziele der Sozialdemokratie mit allen Kräften einzutreten, auch wurde darauf hingewiesen, daß es die unabweisbare Pflicht aller intelligenten Arbeiter, namentlich der Buchdrucker und Kaufleute, sei, in den ersten Reihen der Sozialdemokratie zu kämpfen. Besonders die Ereignisse der letzten Wochen haben wieder gelehrt, daß ein Einzelner, ja eine ganze Gewerkschaft, selbst wenn sie noch so stark ist, erfolglos kämpft, wenn sie sich nicht der allgemeinen Arbeiterbewegung anschließt. Die Buchdrucker dankten den Kaufleuten für die geleistete Unterstützung und versprachen, die ersten sein zu wollen, welche der Freien Vereinigung der Kaufleute zur Seite stehen würden, sobald dieselbe in einem späteren Kampfe materieller Hilfe bedürfte. Nach einem brausenden Hoch auf die Sozialdemokratie, deren Banner an der Front der Bühne prangte, begann der Tanz, welcher die Theilnehmer bis zum frühen Morgen gemüthlich beizumanteln hielt. Die Verlosung mehrerer gestifteter sozialdemokratischer Einsparnisse sowie die amerikanische Auktion eines prachtvollen Blumenkorbes brachten ansehnliche Erträge, so daß das Festkomitee in der angenehmen Lage war, den streikenden Buchdruckern über 100 Mark überweisen zu können.

Die Infuenza tritt jetzt recht bedenklich auch unter den Pferden auf. Die Krankheit beginnt mit Anschwellen der Augen, die Freiluft verliert sich und die Beine verdrücken sich zu wahrhaft unförmigen Massen. Bei sofortigem ärztlichen Eingreifen und nötiger Schonung verläuft die Krankheit meist gutartig, wo die Thiere aber noch nach Eintritt der Krankheit angestrengt werden, tritt häufig infolge von Verklümmung der Loden ein.

Aus vergangenen Tagen. Ein von der Verbrechertwelt ebenso kunstvoll wie verborgen angelegt gewesener Bau ist mit der Beseitigung des alten Mählendamms nunmehr gänzlich verschwunden. Unter den alten Kolonnen des Mählendamms und merkwürdigerweise in unmittelbarer Nähe des alten Polizeipräsidialgebäudes bestand im Jahre 1873 eine Schankwirtschaft, deren Gäste ausschließlich der Verbrechertwelt angehörten. Dieser Umstand war der Kriminalpolizei wohlbekannt; doch blieb es den Beamten ein Räthsel, daß die Besucher jener Spelunke bei Schluß derselben nicht wieder auf die Straße zurückkehrten und auch weder in dem Lokale, noch auf dem Boden — unter welcher war das Haus nicht — zu finden waren. Der damalige Chef der Kriminalpolizei setzte Alles daran, dieses seltsame Dunkel zu lichten, und betraute mit dieser Angelegenheit einen Polizeirath und einen Kriminal-Kommissarius. Um der Sache auf den Grund zu kommen, beschloß der Kommissar, sich an Ort und Stelle festzusetzen, und erschien ostwärts kurz vor Thoreschluß ganz unerwartet. Hierbei glaubte er eines Abends ein dumpfes Rollen wahrzunehmen, welches aus der Erde nach oben zu dringen schien. Er meinte Anfangs, daß dies Geräusch von vorbeifahrenden Wagen herrühre. Da sich aber das eigenartige Rollen in regelmäßigen Zwischenräumen wiederholte, richtete er seinen Blick unwillkürlich auf den Fußboden unter sich und bemerkte, daß der letztere unregelmäßige Schritte in drei Reihen zeigte, deren Fugen sichtlich mit Schmutz reich ausgefüllt worden waren. Auf Grund dieser Wahrnehmungen begab sich ein starkes Aufgebot von Polizei noch an demselben Abend in das Lokal und nahm im Weisem des verdächtigten Wirtches die Dielen auf. In einer tiefen Oeffnung wurde eine Leiter sichtbar, vermittelst welcher man in eine Tiefe von zwei Metern in einen vierseitigen Raum gelangte; an diesen schloß sich ein unterirdischer Gang an, welcher unter den Mählendammbündeln verläuft und unter dem Bürgersteige der gegenüberliegenden Seite endigte. Dieser ziemlich viel Grundwasser zeigende Gang war mit Stroh belegt worden und diente den räthselhaften Gestalten als Lagerstätte. Bei dem Annehmen des Restes fielen zehn willkommene Männlein und ein Fräulein der Polizei in die Hände. Als man nun die Streu hinwegräumte, ließ man auf einen Bohlenbelag, welcher als Regelbahn benutzt wurde. Die Böschung war durch weiße Backsteine kunstgerecht hergestellt worden. Diesem Mauerverk ist es zu danken, daß der Mählendammbau an jener Stelle nicht eingestürzt ist. Wie lange an der Herstellung des Baues gearbeitet worden ist, hat sich nicht ausfinden lassen. Zweck Verleumdung des Ganges hatte man diesen so angelegt, daß er an einer Gadröhreleitung entlang lief. Diese war angeblich mit kleinen Nöhren versehen worden, so daß das Verbrechertum seine Verleumdung unentgeltlich bezog. Der ganze hohle Raum wurde bald nach seiner Entdeckung mit Schutt angefüllt. Die Reste dieser abenteuerlichen Katakombe sind nunmehr mit dem alten Mählendammbau zugleich völlig verschwunden.

Ein nettes Fräulein ist der vierzehn Jahre alte Schüler Otto Rogalla, welcher in der Berlinerstraße Nr. 8 zu Charlottenburg bei seinen Eltern wohnt. Sein Vater, ein fleißiger und harsamer Arbeiter, hatte sich nach und nach die Summe von 170 Mark erübrigt, war aber unvorsichtig genug gewesen, dies seinem Sohne gegenüber nicht geheim zu halten. Gestern nun konnte der Knabe seinem Drange nach Geldmitteln nicht widerstehen, stahl seinen Eltern die Ersparnisse und hat sich wahrlich mit Altersgenossen zusammen auf und davon gemacht; denn er ist in die elterliche Wohnung nicht wieder zurückgekehrt. Zur Vinderung der ersten Noth hatte er seinem Vater von der zurückgelassenen Summe 18 Mark zurückgelassen. Die Polizei sucht eifrig nach dem jugendlichen Durchgänger.

Vorgestern Abend gegen 9 1/2 Uhr bemerkte der Arbeiter S., welcher an der Schwelpe am Zoologischen Garten vorbeiging, daß ein junges Mädchen, in welchem später die Dienstmagd Johanna W., Potsdamerstr. 11a wohnhaft, ermittelt worden ist, in selbstmörderischer Absicht dort in das Wasser sprang. Als der Körper wieder auftauchte, gelang es S., das Mädchen vom Ufer aus zu ergreifen und das Rettungswerk zu vollenden. Mit den Worten: „Aber Mamselchen, hier ist ja das Baden verboten“, brachte er das verzweifelte Mädchen nach der nächsten Polizeiwache. Ueber

den Beweggrund zur That hat es bisher hartnäckig jede Auskunft verweigert und ist seiner Herrschaft wieder zugeführt worden.

Ein fremder, erst vorgestern zugereister Schlossergeselle, Willi Förster, der die Nacht im Asyl für Obdachlose zugebracht hatte, ist gestern früh um 7 Uhr, wie er behauptet, von ihm völlig unbekanntem Personen überfallen und durch einen tief in die Lunge dringenden Messerstich schwer verletzt worden. Die Verübter der Unthat sind entkommen.

Der Raubmörder Ernst Rutke und seine Helferin, die unverheiratete Christiane Schütt, sind gestern Nachmittag aus Kopenick in das Moabitische Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Polizeibericht. Am 12. d. M. Abends wurde der Berliner Teufel vor dem Hause Lindenstr. 103 mit mehreren Kopfverletzungen bedenklich ausgefallen und nach dem Kranenhaus am Urban gebracht. Die Verletzungen rührten anscheinend von einem Falle her. — Im Laufe des Tages fanden vier Brände statt.

## Gerichts-Beilage.

Der Kriminal-Kommissar Vih wurde im Herbst 1880 mit einer großen Anzahl anonymer Anzeigen überschüttet, welche augenscheinlich von einer und derselben Hand herrührten. Sämtliche Schriftstücke enthielten Beschuldigungen gegen den Auktionator Karl Joseph. Es wurde behauptet, daß derselbe mit sogenannten „Dreanmieren“ arbeite, d. h. Personen, die zum Scheine mitbieten und die Preise in die Höhe treiben müssen. Das Publikum werde dadurch betrogen. Die polizeilich angefertigten Ermittlungen ergaben auch so viel Belastungsmaterial, daß gegen Joseph und vier seiner Helferlicher Anklage wegen Betrages erhoben werden konnte. Sämtliche Angeklagte wurden vom Schöffengericht zu empfindlichen Strafen verurtheilt. Die sechste Strafammer mußte indessen auf die eingelegte Berufung ein freisprechendes Erkenntnis fällen, da es an dem angeklagten Personen schloß. Nun erhielt Herr Vih wieder ein anonymes Schreiben, in welchem darauf hingewiesen wurde, daß Joseph es nach dem unbegründeten Erkenntnis der sechsten Strafammer — pardon Strafammer — ätzere treibe wie zuvor. Dieser Vih war Gegenstand einer Anklage wegen Verleumdung, die gestern vor der dritten Strafammer des Landgerichts I gegen den Journalisten Fritz Warstein verhandelt wurde, denn dieser soll der Verfasser des Schriftstückes sein. Derselbe bestritt dies entschieden. Als beläsend ward gegen den Angeklagten angeführt, daß derselbe seit längerer Zeit bei dem Auktionator Bod, einem Konkurrenten Joseph's, wohnte, daß er häufig bei Auktionen gesehen wurde und daß der gerichtliche Schreibsachverständige es für zweifellos hält, daß der Angeklagte den Brief geschrieben. In dieser Uebersetzung gelangte auch der Berichtshof, der den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 60 M. verurtheilte.

Der Fernsprecher hat jetzt recht häufig die Rolle des Verbreiters von Verleumdungen zu übernehmen und das Publikum scheint sich nur schwer an die Thatsache zu gewöhnen, daß sich telephonische Verleumdungen als öffentliche Verleumdungen charakterisieren, da der Fernsprecher eine öffentliche Einrichtung ist und die telephonischen Gespräche auch von anderen Personen gehört werden können. Gestern stand der Tischlermeister D. vor der 136. Abtheilung des Amtsgerichts I, weil er einem Gläubiger, dem Spiritusdändler R., in unzulässiger Weise telephonisch heimgeleuchtet hatte. Der Beklagte stand mit Herrn R. in Geschäftsverbindung und da sein Konto schon stark belastet war, so wollte ihm der letztere einen weiteren Kredit nicht gewähren und sandte ihm einen Konto-Auszug mit der Bitte um Berichtigung desselben zu. Am 25. August nun rief der Beklagte den Kläger durch das Telephon an, fragte ihn, wie er dazu komme, ihm einen solchen „Wisch“ zu schicken, wenn er Geld haben wolle, dann solle er doch zu ihm kommen und sich selbsten holen. Das Telephon, welches diese in erregtem Tone gesprochenen Vorhaltungen getreulich übermittelte, brachte schließlich auch noch als Schlusswort den Gruß „Sie Lump! Als Meister D. daraufhin wegen Verleumdung angeklagt wurde, legte er sich zunächst auf Weigern und behauptete, daß er doch nicht dafür könne, wenn das Telephon irgend einer Person Verleumdungen ins Ohr bläse. In seinem Unglück hatte aber ein Angestellter des Herrn R. während des ominösen Gesprächs das zweite Hörrohr an sein Ohr gelegt und die Stimme des Angeklagten aufs allerbestimmteste erkannt. Bei dieser Sachlage konnte der letztere das Weigern nicht mehr aufrecht erhalten und zog es vor, durch Abbitten und Zahlung einer Summe an die Kassenkasse die Sache aus der Welt zu schaffen, da er wohl oder übel die Vorhaltung des klägerischen Rechtsanwalts Dr. Sell o anerkennen mußte, daß das Telephon doch andere Aufgaben habe, als der Bligableiter für den Droll erregter Menschen zu sein.

Was ist Kognak? Diese Frage beschäftigte gestern die Berufs-Strafammer des Landgerichts I. Der auf der Anklagebank befindliche Destillateur Kandler sollte ein Getränk unter dem Namen Kognak verkauft haben, welches nach dem Gutachten des Sachverständigen Dr. Bischoff diese Bezeichnung nicht verdiene. Das Schöffengericht hatte den Angeklagten deshalb wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittegesetz zu einer Geldstrafe von 10 M. verurtheilt. Dr. Bischoff begründete sein Gutachten im gestrigen Termine folgendermaßen: Unter Kognak ist in erster Linie ein Weindestillat zu verstehen, welches bestimmte aromatische charakteristische Substanzen, wie Uenanthäter u. s. w., enthält. Nun sei es eine bekannte Thatsache, daß auch nicht annähernd so viel Kognak eingeführt werde, daß der Bedarf gedeckt werden könne, ebensowenig werde nur echter Kognak aus Frankreich ausgeführt, sondern schon dort würden viele Nachahmungen hergestellt. Es gingen große Mengen Spiritus von Deutschland nach Frankreich, die als Kognak zurückkehrten. Es sei daher künstlicher Kognak keineswegs zu verwerfen, aber ein solches Produkt müsse mindestens 40 pCt. Alkohol und so viel von denjenigen Stoffen, welche zur Nachahmung gebraucht werden, enthalten, daß man es wenigstens als „Facon-Kognak“, wie die Nachahmung genannt werde, bezeichnen könne. Dies sei in Betreff des von dem Angeklagten ausgeführten Schnapies nicht der Fall. Derselbe habe kaum 30 pCt. Alkohol enthalten und sei weder dem Geruche noch dem Geschmacks nach als künstlicher Kognak zu erkennen gewesen. Der zweite Sachverständige, Gerichtschreiber Dr. Jeserich gab sein Gutachten im Wesentlichen in demselben Sinne ab. „Echter“ Kognak sei eine Selbsteit und die Frage, wieviel Prozent Alkohol ein künstlicher Kognak enthalten müsse, um noch als solcher bezeichnet werden zu können, sei eine offene. Eine Bestimmung darüber bestehe nicht. — Der dritte Sachverständige, Apotheker Vogel, hatte dem Angeklagten das Rezept zur Herstellung des künstlichen Kognaks gegeben. Die meisten Schankwirthe Berlins fertigen ihren Kognak nach dieser Vorschrift an. Es sei ein Gemisch von Spiritus, Wasser, Kognakessenz und etwas Vanillinur. Der Angeklagte verkaufe in seinem Ausschank ein Gläschen Kognak für 5 Pf. und heutzutage wisse Jeder, daß er hierfür eine echte Waare nicht bekommen könne. Ein Kognak der 30 pCt. Alkohol enthalte, ist nach der Ansicht dieses Sachverständigen noch stark genug. In gleichem Sinne äußerte sich der Vorsitzende des Vereins der Berliner Weidhändler, Herr Fritze. Ein Schankwirth, der einen stärkeren Kognak für 5 Pf. ausschänke, wie es der Angeklagte gethan, müsse dabei Schaden machen. Auf Grund dieser Gutachten hob

der Berichtshof das erste Urtheil auf und erkannte auf Freisprechung.

Auf betrügerischen und einfachen Bankrott lautete die Anklage, welche gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I stattfand. „Reinlich und zweifellos“ war das Verhalten jedenfalls nicht, welches der Angeklagte, Garberobenhändler August Böklel, seinen Gläubigern gegenüber beobachtet hat. Der Angeklagte, seines Zeichens ein Tischler, betrieb seit einigen Jahren in der Markussirasse Nr. 29 ein Kleidergeschäft, in welchem Umfange, welches nicht besonders florirte, denn der Angeklagte hat schon im Jahre 1887 mit seinen Gläubigern afforbiert und sich mit denselben auf der Grundlage von 50 pCt. abgefunden. Im Juli v. J. verkaufte, oder wie die Anklage meint, verschleuderte der Angeklagte sein Geschäft für den Preis von 3070 M., verschwand von der Wirtfläche und ließ seinen Gläubigern, bei welchen er mit ca. 7000 M. in der Kreide saß, das Nachsehen. Was der Angeklagte nach diesem Rouy getrieben, ist nicht recht aufgeklärt. Er behauptet, daß er nach London gegangen sei, um zu versuchen, sich mit Hilfe seines alten Meisters eine neue Existenz zu gründen, was ihm jedoch nicht gelungen sei. Soviel steht fest, daß er etwa 4 Wochen später wieder in Berlin auftauchte und nun eine Denunziation wegen betrügerischen Bankrotts gegen ihn veranlaßt wurde. Ueber den Verbleib der für das Geschäft empfangenen 3070 M. machte er so verschiedene offenbar unwahre Angaben, daß die Kriminalpolizei bei ihm Hausdurchsuchung abhielt, die aber fruchtlos ausfiel. Bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter trat er dann aber mit der Behauptung auf, daß er das Geld jeden Augenblick nachweisen könne und als er aufgefordert wurde, dies zu thun, zählte er auch die ganze Summe auf den Tisch, so daß dieselbe im Interesse der Gläubiger beschlagnahmt werden konnte. Wo er das Geld im rechten Augenblicke herbeikommt hat, ist auch wieder räthselhaft. Die Anklagebehörde schien der Ansicht zuzuneigen, daß der Angeklagte mit dem Käufer seines Geschäfts, dem er die Vorräthe zu Spottpreisen überlassen, unter einer Tede gesteckt — eine Annahme, für welche die Verhandlung einen Beweis nicht erbrachte — während der Angeklagte behauptete, daß er die 3070 M. bei sich zu Hause auf dem Ofen bewahrt und gar nicht die Absicht gehabt habe, das Geld seinen Gläubigern vorzuenthalten. — Der Staatsanwalt hielt die Anklage im vollen Umfange aufrecht. Die Geschworenen sprachen auch das Schuldig über den Angeklagten aus, billigten ihm aber mildernde Umstände zu, worauf ihn der Berichtshof zu 1 Jahr Gefängnis verurtheilte und sofort in Haft nahm.

Wie die Behörden gegen sozialdemokratische Vereine vorgehen, zeigte eine Verhandlung, welche am Sonnabend in Moabit vor dem Schöffengericht I stattfand. Angeklagt waren die Genossen Tischler Schrade, Schriftsetzer Schobeleiter und Buchhändler Schulz, welche Mitglieder des „Karl Marx“ sind. Der Hauptbestand ist folgender: Der „Karl Marx“ veranstaltete am 10. Juli v. J. eine Kremserpartie nach Schmöwitz und forderte durch Annonce im „Vorwärts“ aus, hieran theilzunehmen. Die vorbereiteten Genossen waren zum Komitee gewählt, welche die Partie zu ordnen und zu leiten hatten. Derselben waren nun angeklagt, einen öffentlichen Aufzug geordnet, geleitet und den Aufzug dazu erlassen zu haben, also gegen den § 17 Abs. 2 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 verstoßen zu haben, welcher besagt: „Wer ohne polizeiliche Genehmigung einen öffentlichen Aufzug u. s. w. veranstaltet, wird bestraft mit u. s. w.“ Der Staatsanwalt beantragte, jeden Angeklagten mit 20 M. oder 5 Tagen Haft zu bestrafen, weil durch den Gang der Verhandlung erwiesen wäre, daß thatsächlich ein Vergehen stattgefunden hat, daß diese Kremserpartie ein öffentlicher Aufzug war, weil erstens das Vereinsbanner am ersten Kremser angebracht war und die Kremser mit rothen Fahnen geschmückt waren, zweitens weil die Kremser, 8 an der Zahl, hinter einander abzuziehen. Hieraus legte der Staatsanwalt den größten Werth, weil durch das Dinter-einanderfahren eine Verleumdung eintreten und Menschenansammlungen stattfinden könnten, weil ein solcher Aufzug Aufsehen erregt. Als Zeugen waren von Seiten der Behörden ein Polizeiwachmeister und ein Schuttmann vorgeladen, welche beide bekundeten, daß sie von Menschenansammlungen nichts gesehen haben und auch nichts Ruhestörendes bemerkt hätten. Vom Genossen Schulz wurde dem Herrn Staatsanwalt erwidert, daß, wenn je eine Anklage haltlos war, es diese ist; schon die Annonces, welche nur zu einer Kremserpartie aufforderten, sagte doch schon genug, dann hat die Partie weder mit Musik noch Gefang stattgefunden, auch hat kein Barm bei der Abfahrt stattgefunden, und wenn die Wagen alle zusammen d. h. hinter-einander abgefahren sind, so ist dies ganz selbstverständlich, daß nicht etwa ein Wagen jetzt und der andere etwas später abfährt. Was aber andere Vereine, welche nicht Sozialdemokraten sind, thun können, das möchte man den Sozialdemokraten verbieten. Der Berichtshof sprach nach einer etwa vierstündigen Verhandlung die Angeklagten frei, die Kosten der Staatskasse auferlegend. Bei der Begründung des Urtheils sagte der Vorsitzende des Gerichts, daß von einem öffentlichen Aufzuge im Sinne des Gesetzes nicht die Rede sein könne; erster Beweis sei die Annonce. Dann könne der Berichtshof auch nicht annehmen, daß am frühen Morgen Menschenansammlungen oder Verleumdungen eingetreten sind, weil im Monat Juli Landpartien nichts seltenes sind, und daher die Reuigkeit des Publikums wohl keine große zu nennen ist. Aus diesen Gründen hatte die Behörde kein Recht, eine Nachsuchung der Genehmigung zu verlangen.

## Soziale Uebersicht.

Unterhandlungen, welche die streikenden Buchdrucker Stettins durch Vermittelung des dortigen Polizeipräsidenten Grafen zu Stolberg mit den Buchdruckereibesitzern gepflogen, sind an dem Egoismus der letzteren gescheitert. Die Gehilfen sollten sich zum Austritt aus dem Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker verpflichten und ihre geschäftlichen Beziehungen zum Unternehmer nicht mehr auf Grund des Allgemeinen Deutschen Buchdruckerartikels, sondern auf der Basis der sogenannten „freien Vereinbarung“ regeln. Dafür dankten die Gehilfen natürlich, denn um solchen moralischen Selbstmord zu begehen, haben sie nicht erst Unterhandlungen nötig.

Unterstützung der streikenden Buchdrucker. Die Notenscheher Leipzig erhöhten den Extrabeitrag für die streikenden Buchdrucker von 50 Pf. pro Mann und Woche auf 75 Pf. Sie haben bis jetzt über 1200 M. für die Streikenden beigegeben, pro Woche mindestens 100 M. In Braunschweig zahlten die Tischler 100, die Maurer 200, die Zimmerer 30 M. Die Filiale Hamburg des Unterstützungsvereins der Buxten und Pinselmacher bewilligte in zwei Raten 60 M.; der Sozialverband Hamburg des deutschen Tischlerverbandes alle disponiblen Gelder; die Fabrikale Hamburg des Verbandes der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter 50 M. aus dem Sozialfonds, die durch eine einmalige Extratraktation von 0,50 M. ersetzt werden sollen; der Allgemeine Tapezireverein, Filiale Hamburg, als erste Rate 100 M., als zweite Rate 150 M. Die Würzburger organisierten Metallarbeiter zahlen pro Mann und Woche während der Dauer des Streiks 20 Pf.

Zwei weiße Raben. Die leitenden Ingenieure des lateinischen Marine-Korpsals zu Pola, Belgner und Marquetti, traten von ihren Posten zurück, weil sie mit angeordneten Arbeiterentlassungen nicht einverstanden waren. Ob so etwas in Deutschland möglich wäre?



## Briefe aus Frankreich.

(Von unserem französischen Korrespondenten.)

Wir haben zu unserer Freude aus dem „Vorwärts“ ersehen, daß unsere deutschen Freunde dem wüsten Geschrei einer gewissen Presse über die Rede Lafargue's keinen Augenblick Beachtung schenken. Der durchaus sozialistische und marxistische Gedankengang jener Rede befand sich eben mit den bezüglichen Stellen aus Reden Liebknecht's und Bebel's und mit dem Erfurter Programm in sehr in Uebereinstimmung, als daß die geringste Zweifelhaftigkeit Raum gehabt hätte. Ein Uebrigiges that auch der sofort von Lafargue in der Kammer eingebrachte Antrag, der kurz und bündig die Einziehung der Güter des Klerus und, was weit wichtiger ist, die Trennung von Werkstatt und Kapelle verlangte. Dies Letztere interessiert unsere sozialistische Arbeiterbevölkerung weit mehr, als die eillen und unfruchtbareren Redereien über die Trennung von Staat und Kirche. Man weiß, daß die meisten katholischen Unternehmer es liebten, den Druck der Personen noch durch den Druck des Gewissens zu erhöhen, indem sie die Fabrik mit einer Kapelle versehen; wer nicht betet, kann ohne Weiteres auf seinen Lohn verzichten. Ein ganz besonders schlimmer Fall trat vor einigen Jahren die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese frommen Praktiken der Unternehmer: Arbeiter hatten die Kapelle eines gewissen Chapot mit Dynamit in die Luft gesprengt. Unsere zur Verteidigung der Unternehmerfreiheit zur Ausbeutung stets bereiten Habitualen ließen natürlich erklären, und zwar durch den Mund von Henri Maret, den Stolz unserer Freiheitsapostel, daß es ihnen ganz gleichgültig sei, ob ein Unternehmer Mohamed oder Christus anbetet, oder eine Kapelle in seiner Fabrik habe, oder nicht; sie thaten, als hätten sie vergessen, daß die Arbeiter gezwungen wären, die heilige Mutter der Fabrik anzubeten und die Kosten dieses Kultus zu tragen. Unser Freund Lafargue sammelt augenblicklich alle Beweismittel, welche jene Vergewaltigung der Gewissensfreiheit betreffen, um binnen Kurzem seinen Feinden und solchen Freunden in der Kammer zu zeigen, daß allein die Arbeiterpartei die Frage des Glaubens wissenschaftlich und revolutionär ins Auge faßt.

Uebrigens hat jene Rede unsere Gegner ganz aus dem Häuschen gebracht; man war in der Kammer an keine revolutionäre Sprache mehr gewöhnt. — Nächstens werden wir das Gesundheitswesen zur Erörterung bringen und wir werden zeigen, daß unsere Klassenregierung trotz der ungeheuren Hilfsmittel, über welche sie verfügt, unfähig ist, einer Epidemie auch nur im Geringsten vorzubeugen, und daß es den Sozialisten, den wahren Erhaltern der gesunden und entwicklungsfähigen Elemente der Gesellschaft, vorbehalten ist, die Regierung an ihre Pflicht zu erinnern. Sobald dieser Gegenstand zur Verhandlung kommt, werden wir übrigens Gewandtes mittheilen.

Ein weiterer Erfolg war die gemäß den Beschlüssen des Brüsseler Kongresses erfolgte Gründung eines nationalen Arbeiterssekretariats. Ueber diese Frage kam es, wie wir in unserer Freude sagen dürfen, neben der Einigung unter den verschiedenen revolutionären Parteien auch zu einer solchen unter den verschiedenen Gewerkschaften. Die Einen wie die Anderen sind gleichmäßig vertreten. Wir wünschen der neuen Gründung das Glück, welches sie verdient.

Endlich ist es, um mit Lafargue zu reden, unzweifelhaft, daß unser lieber Herrgott Sozialist ist; er läßt diesmal gleich mit der Kundgebung für den Achtstundentag die Stadtverordnetenwahlen auf den 1. Mai fallen. Und thatsächlich scheint es ziemlich sicher, daß an diesem Tage der Begeisterung die Arbeitervertreter in überwältigender Anzahl zum Siege gelangen. Schon verspricht uns z. B. Lilla, das sich in den Klauen einer Clique von Spekulanten und Börsianern befindet, zur Wahl Lafargue's durch den Masseneinigung der Arbeiterpartei in die Stadtvertretung eine Ergänzung zu liefern. Ueberall, im kleinsten Marktstädtchen nicht minder als in den großen Städten, wird das in Lyon redigirte kommunale Programm der Partei die Stimmen der Arbeiter um sich scharen. — Durch die letzte Agitationsreise Lafargue's in Süd- und Mittelfrankreich haben wir zahlreiche Anhänger gewonnen.

Ich erwähnte den Kongreß von Lille. Es ist ganz gut, im Anschluß hieran von der Aufnahme, welche unserer kategorischen Erklärung über das russisch-französische Bündniß von der gesamten kapitalistischen Bourgeoisie bereitet wurde, Kenntnis zu nehmen. Man mag diesen Leuten unsere sozialistischen Grundsätze und Ueberzeugungen immer und immer wiederholen; sie sind stets erhaben. Im „Patrie“ (Waterland) sucht man durch die Feder Charles Laurent's, eines der Unterlegenen von Lille, unsere Freunde mit dem Vorwurf der Vaterlandslosigkeit zu kränken; als ob dieses Beiwort dem Proletariat nicht von Rechtswegen gebühre!

Wir sind augenblicklich in der Periode, die man in Paris „la trève des confessions“ (Waffenstillstand der Forderungen) nennt, das heißt der Periode, in welcher sich der Streit aller Bourgeoisparteien um die Macht etwas zu mildern pflegt. Lange wird's nicht dauern, dann ist er wieder in alter Heftigkeit entbrannt. Daß Bischof Freppel durch irgend ein hervorragendes Mitglied der konservativen Partei ersetzt werden soll, läßt uns kalt. Der Angriff der äußersten Linken, der die Regierung ganz vernichten sollte, ist ebenso gescheitert, wie der Vorstoß dieser Regierung gegen die Uebergriffe des Klerus. Alle Parteien schließen sich fest zusammen, und keine kann der anderen etwas abgewinnen. Die französische sozialistische Arbeiterpartei hat ihnen zu zeigen, daß die katholische Partei ihre Stärke aus ihrem Reichthum schöpft, und daß ihr nur durch Konfiskation ihrer Güter der Todesstoß versetzt werden kann. Aber ein Eingriff in das Eigenthum, das ist der Schrecken derselben Männer, deren Vorhaben die Nationalgüter veräußern.

## Soziale Ueberlicht.

Unter den Omnibus- und Tramway-Bediensteten von Paris herrscht, wie man aus dem dort unterm 11. d. M. schreibt, neuerdings eine Streikbewegung; doch nicht etwa, weil die Bediensteten mit neuen Forderungen an die Omnibusgesellschaft herantreten — was, nebenbei gesagt, nichts Unbegreifliches wäre — sondern weil diese ihre beim letzten Streik gemachten Forderungen nicht einhält. Der im Mai vorigen Jahres stattgehabte Streik wurde, wie sich der Leser vielleicht noch erinnern wird, durch die überlange Arbeitszeit hervorgerufen, welche die Bediensteten auf 12 Stunden beschränkt wissen wollten, was denn auch, allerdings unter dem Druck der öffentlichen Meinung und der Intervention des Municipalrathes, von der Gesellschaft schließlich zugesagt wurde. In dem damals aufgenommenen und von beiden Parteien unterzeichneten Protokoll heißt es ausdrücklich, daß der Arbeitstag, vom Ausgang aus der Remise bis zur Rückkehr in dieselbe gerechnet, auf 12 Stunden festgesetzt ist. Anfangs wurde der Vertrag auch strikte eingehalten. Aber die hohen Dividenden der Aktionäre nicht vermindert zu sehen, wurde die Fahrgeschwindigkeit allmählich erhöht, die Anhaltezeit bei den einzelnen Stationen abgekürzt, so

daß in der verhältnismäßig kürzeren Arbeitszeit eben so viele Touren als früher gemacht wurden. Da nun die Gesellschaft auf Grund ihrer Betriebskonzeption verpflichtet ist, auf jeder Fahrlinie täglich eine bestimmte Zahl von Touren zu machen, stellte sich durch die erhöhte Fahrgeschwindigkeit bald ein Mißverhältnis zwischen den Fahrten der kurzen und den der langen Strecken heraus. Während nämlich auf den ersten Linien die vorgeschriebene Anzahl von Touren in weniger als 12 Stunden gemacht wurden, genügte diese Zeit bei Weitem nicht für die langen Linien. Dem könnte zwar durch Einstellung neuer Wagen und einiger Konduktoren und Kutscher leicht abgeholfen werden; das würde aber die Dividenden etwas schmälern, und das darf beiseite nicht gesehen. Die Direktion der Omnibusgesellschaft hat es darum in ihrer Forderung vorgezogen, „Kompensations-Linien“ aufzustellen, die es ihr erlauben, die Bediensteten, welche an dem einen Tage auf den kurzen Linien beschäftigt sind und daselbst die vorgeschriebene Zahl von Touren in 10 oder 10 1/2 Stunden zurücklegen, Tags darauf 13 1/2—14 Stunden auf den langen Linien abzurufen. Damit glaubt die Gesellschaft, ihr Versprechen, den Arbeitstag im Prinzip auf 12 Stunden festzusetzen, voll eingehalten zu haben, vergißt aber bei all ihrer Schlaueit, daß, wenn dem beiderseitig unterzeichneten Protokolle der Sinn unterläge, den sie ihm unterschiebt, die Bediensteten keinen 12stündigen Arbeitstag, sondern eine 8 1/2stündige Arbeitswoche gefordert hätten. Dieselben sind auch keineswegs geneigt, sich dieser Auslegung zu fügen, wie sie dies in einer in der Nacht von gestern auf heute stattgehabten Versammlung in der Trödel-Bauhalle, an der ca. 3000 Omnibus- und Tramway-Bedienstete theilnahmen, ausdrücklich erklärten. Sie halten fest an dem zwölfstündigen Arbeitstag und sind entschlossen, nicht daran zu denken zu lassen. Den Ausführungen einzelner Redner zufolge hält die Gesellschaft nicht einmal im Durchschnitt die zwölfstündige Arbeitszeit ein, sondern läßt die kürzere Arbeitszeit des einen Tages durch eine viel längere am anderen Tage, etwa eine Stunde durch anderthalb Stunden „kompensiren“. Uebrigens hat das Syndikat der Omnibus-Bediensteten sich bereits an das Handelsgericht gewandt, um dort sein Recht zu suchen.

Gehe die Bediensteten weitere Schritte unternehmen, wollen sie erst das Urtheil des Handelsgerichts abwarten. Sollte die Entscheidung gegen sie ausfallen, was wider die zwischen ihnen und der Omnibusgesellschaft geschlossene Vereinbarung wäre, dann sind sie entschlossen, an die öffentliche Meinung zu appelliren, d. h. den Streik zu erklären. In diesem Falle würde die Kompagnie abermals den Kürzeren ziehen, da die öffentliche Meinung, sowie der Municipalrath den Dividendenschludern sich diesmal nicht holder als im Mai v. J. zeigen wird und sicherlich nicht geneigt ist, da, wo der Ruf nach einem achtstündigen Arbeitstag erschallt dem zwölfstündigen ein Bein stellen zu lassen.

Der Streik der Pariser Kutscher, die im Dienste der Droschkengesellschaft „L'urbaine“ stehen, währte ungeschwächt fort. Die Direktion, die da währte, daß der Streik höchstens zwei, drei Tage anhalten werde, da er unmittelbar vor dem Quartal ausbrach, wo die Leute ihre Miete zu zahlen hatten, dürfte wohl jetzt eines Besseren belehrt sein. Sie vergaß, daß man mit einem Syndikat — und die Kutscher bilden ein solches — nicht so leicht fertig wird, wie mit Leuten, die keinen Zusammenhang pflegen und dürfte sich dann schließlich doch gezwungen sehen, nachzugeben, und zwar um so eher, als die Sammlungen für die Streikenden täglich 3000—4000 Franken betragen, welche Summen gleichzeitig dafür zeugen, daß die Forderungen der Streikenden allseitig als recht und billig anerkannt werden.

Auch das Arbeitsverhältniß der Hälloren, der Mitglieder der Hallenser Salzwirler-Vereinschaft, ist nicht so, wie es sein sollte. In einem Bericht der „Saale-Zeitung“ über den Neujahrsempfang der Hälloren durch den Kaiser heißt es: „Dann erkundigte sich der Kaiser nach den Verhältnissen der Vereinschaft im allgemeinen, und nach den Arbeits- und Lohnverhältnissen der Hälloren besonders eingehend. Der Sprecher (der Hälloren) hielt es nicht für angebracht, am Neujahrstage in dieser Beziehung der Wahrheit gemäß zu verlaublichende Klagen vorzubringen, und beschränkte sich deshalb auf die Bemerkung, daß in den erwähnten Verhältnissen vieles zu wünschen übrig bleibe.“

Der Sprecher würde seinen Kameraden jedenfalls einen größeren Eifer erwiesen haben, wenn er mit jenen Klagen nicht hinterm Berge gehalten hätte.

Ueber die jammervolle Lage der landwirthschaftlichen Arbeiter an der böhmisch-mährischen Grenze wird der Wiener „Arbeiterzeitung“ aus Zittau geschrieben: Einst waren es die Bauern, die den Gutsherren Nothart leisten mußten. Heute ist der Bauer frei, dafür aber ist der Tagelöhner das Ausbeutungsojekt des Ersteren, wenigstens hier. Die Löhne sind unglücklich gering, die Kost die eines Menschen unwürdige. Kartoffeln, saure Milch, Einbremsuppe sind die Hauptnahrungsmittel dieser Armen, Brannwein ihr einziges Genussmittel, daher zeigen sich bei dieser wenig entsprechenden Ernährung die verderblichen Wirkungen des Schnapsgenusses in wahrhaft schrecklicher Weise. Ein früher Tod ist leider nur gar zu oft die unmittelbare Folge dieses Uebels. Männer, die noch nicht über dreißig Jahre zählen, zittern wie schwache Greise; ein Glaschen Schnaps muß wieder ansetzen, sonst sind sie nicht im Stande zu arbeiten. Am leidlichsten ergeht es noch denen, die selbst eine hölzerne Hütte besitzen. Auch giebt es einige, die ein Stückchen eigenen Acker anbauen können, und das sind die Glücklichen. Die Bauern hier sind verhältnismäßig wohlhabend, was in Anbetracht der billigen Arbeitskräfte leicht erklärlich ist. Sie tragen oft ihre Kleider, fahren Sonntags in einer Kutsche oder im Schlitten in die Stadt oder in die Kirche. Die armen Dienstboten müssen sich unmenslich abrackern, die Arbeitszeit hat schier keine Grenze. Es ist nicht genug, daß sie im Sommer, wenn der Tag am längsten ist, bis in die hochste Nacht am Felde arbeiten; wenn Mondschein ist, wird manchmal bis 10 oder 11 Uhr geschunden und dann müssen die Dienstboten zu Hause erst noch das Vieh füttern und kommen nicht selten erst nach Mitternacht ins Bett. In der Frühe müssen sie um 3 oder 4 Uhr wieder auf. Dabei sind die Löhne so gering, daß man sich wundern muß, wie sich diese Leute die notwendigsten Kleidungsstücke kaufen können. Der höchste Lohn eines Ackerknechts ist 70 fl. pro Jahr, der Wogd 50 fl., eines Stallkubens 20 fl.; der Tagelöhner bekommt durchschnittlich 15—20 Kr. per Tag.

In Holland erhalten, wie die „Solidarität“ mittheilt, die bei Staatsbauten beschäftigten Arbeiter zum ersten Male eine geregelte Arbeitszeit und einen geregelten Lohn. Für das Jahr 1892 haben die Wasserbauverwaltung und die Leitung der Landbauten folgende Löhne festgesetzt (1 Gulden holländisch = 1,60 M.). Zimmerer 15 Gulden, Maurer oder Steinbauer 12,50 Gulden, Klempner 13,50 Gulden bis 12 Gulden, ein Arbeitmann 11 bis 10 Gulden. Dafür ist die Arbeitszeit im Januar, Februar, November und Dezember von 6 1/2 bis 12 und 1 1/2 bis 6 Uhr, im Monat April von 6 1/2 bis 12 und von 1 1/2 bis 7, während im Mai und August von 5 1/2 bis 12 und von 1 1/2 bis 7, im Juni

und Juli von 6 1/2 bis 12 und von 1 1/2 bis 6, im September von 6 bis 12 und von 1 1/2 bis 6 1/2, im Monat Oktober von 6 1/2 bis 12 und von 1 1/2 bis 5 1/2 Uhr gearbeitet wird.

Fortschritt der Technik. In einem offiziellen Bericht an die Regierung der Vereinigten Staaten schrieb Adam Smith im Jahre 1776:

Betrachten wir eine kleine Industrie, deren Arbeitstheilung jedoch oft betont worden ist: die Stecknadelproduktion. Wenn ein Arbeiter für diese Produktion nicht angeleitet ist... wird er bei höchstem Fleiße noch nicht zwanzig Stecknadeln fertig bringen. Wie die Produktion heute aber betrieben wird, ist sie nicht nur ein Tätigkeitszweig für sich, sondern zerfällt wieder in eine Reihe von Thätigkeiten, deren Mehrzahl wieder besonderen Arbeitern zufällt. Einer zieht den Draht aus, ein Zweiter macht ihn gerade, ein Dritter schneidet ihn, ein Vierter spitzt ihn, ein Fünfter schleift das obere Ende für die Aufnahme des Knopfes zurecht, dessen Anfertigung wieder 1—3 gesonderte Operationen: ihn aufzuheben, die Nadel zu poliren, sie in Papier zu stecken fallen je einem Sonderarbeiter zu: Die Produktion zerfällt in 18 verschiedene Theilarbeiten... Ich sah einen Betrieb, der nur 3 Mann beschäftigte und darum einigen von ihnen 2 auch 3 Theilarbeiten überlassen mußte. Dennoch konnten hier täglich etwa 12 Pfund, das heißt über 48 000 Stecknadeln fertig gestellt werden.

Und 112 Jahre später, im Jahre 1888, berichtet Konsul Schönhoff an die Regierung derselben Staaten über dieselbe Industrie:

In der Stecknadelproduktion hat man nur die Messingdrahtrolle in die rechte Lage zu bringen und das Ende zu befestigen — und der Mechanismus vollbringt das Weitere. Eine Maschine liefert 180 Stecknadeln in der Minute, sie schneidet den Draht, macht die Köpfe, schärft die Spitzen und läßt die Nadeln an dem gewünschten Ort niederfallen. 180 000 Stecknadeln sind die Tagesleistung einer Maschine. Eine Fabrik, die ich besuchte, beschäftigte 70 Maschinen. Ihre vereinigte Tagesleistung betrug 7 1/2 Millionen Stecknadeln. Diese Maschinen werden von drei Männern bedient.

3 M. Lohn für 15 stündigen Dienst zahlte ein Bauunternehmer Möbus in Hannover seinem Wächter Kuhlmann. Dafür mußte der Arme von 4 Uhr Nachmittags bis Morgens 7 Uhr das Eigenthum seines spendablen Herrn bewachen.

## Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 12. Januar eine gut besuchte Generalversammlung ab. Zunächst verlas der Kassirer Kling den Kassenbericht. Die Einnahmen des Vereins betrugen danach vom 15. Juni 1891 bis zum 12. Januar 1892 inklusive eines am 15. Juni vorhandenen Bestandes von 53,10 M. 472,70 M., die Ausgaben 149,70 M., sonach verbleibt ein Bestand von 323 M. Dem Kassirer wurde Decharge erteilt. Die Abrechnung vom Sommerfest ergab mit einer Einnahme von 336,60 M. und einer Gesamtausgabe von 233,30 M. 48,30 M. Ueberschuß. Auch hierfür wurde dem Kassirer Decharge erteilt. Die dann vorgenommene Wahl des Vorstandes hatte folgendes Resultat: Otto Klein, 1. Vorsitzender; Salkow, 2. Vorsitzender; Kling, 1. Kassirer; Gropel, 2. Kassirer; Mehner, 1. Schriftführer; Rehner, 2. Schriftführer; Werner, Habus, Gensh, Grau, Trabemann und Wurtische Weisner. Zu Revisoren wurden Held, Werner und Grube gewählt. Beschlossen wurde darauf, dem Vertrauensmann, welchem der Kassenbestand zur Unterstützung hilfsbedürftiger Genossen übergeben worden ist, es anheim zu geben, den streifenden Buchdruckern eine Unterstützung zusammen zu lassen. Hierauf hielt der Reichstags-Abgeordnete H. Stadthagen einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Der Giftbaum der Borse und die Prostitution“, in welchem er nachwies, daß sowohl die Borse mit ihren Ausschüssen, wie auch die Prostitution unzer trennlich von der heutigen Gesellschaft sind und als Gewächse, die im Sumpfe der kapitalistischen Wirtschaft ihre Wurzeln haben, nur mit dieser Wirtschaftsweise selbst verschwinden können. Nachdem der Vorsitzende bekannt gegeben hatte, daß die eine Hälfte des Vereins von Scheuer zu Wege, Fürbringerstr. 22, verlegt worden ist, und die Anwesenden zu recht reger Agitation für den Verein aufgefordert worden waren, ging die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die Sozialdemokratie auseinander.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 12. d. M. seine Generalversammlung ab. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf den Bericht des Kassirers Gröndel. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß im Laufe des verfloffenen Jahres 355 Mitglieder neu aufgenommen worden sind, von denen indessen ein Theil wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden mußte, so daß der Verein z. Z. 301 Mitglieder zählt. Die erzielte Einnahme belief sich auf 508 M. 30 Pfg., die Ausgabe auf 267 M. 85 Pfg., der verbleibende Bestand auf 240 M. 45 Pfg. Nach Bericht der Revisoren wurde der Kassirer entlastet. Dem Kassenberichte folgte der Bericht des Vorstandes durch den Vorsitzenden Schweitzer. Der Verein, welcher nunmehr auf eine einjährige Thätigkeit zurückblickt, hat während dieser Zeitdauer außer anderweitiger Thätigkeit 15 Vereinsversammlungen und etwa ebensovielen Kommunalwähler-Versammlungen abgehalten und reicht sich würdig den übrigen Wahlvereinen an. Im vollen Bewußtsein gewissenhafter Pflichterfüllung legte der Vorstand seine sämtlichen Aemter nieder und fand demzufolge die Neuwahl des Vorstandes statt. Der Wahltag hatte folgendes Ergebnis: Zum ersten Vorsitzenden wurde einstimmig wiedergewählt Schweitzer, zum zweiten Vorsitzenden Apelt, zum ersten Kassirer Gröndel, zum zweiten Kassirer Pielcke, zum ersten Schriftführer Meierhoff, zum zweiten Schriftführer Padewig, zum Beisitzer Otto, zu Revisoren Herzog, Gottfried Schulz und Kohlhardt. Nachdem noch Genosse König als Mitglied der Lokalkommission darauf hingewiesen, daß fernerhin durch die Lokalkommission, abweichend von dem bisherigen Modus, nur diejenigen Lokalführer, welche ihre Lokalfunktionen nicht für Arbeiterversammlungen hergeben, veröffentlicht werden würden und auf die demnach erscheinende Lokalliste verwiesen hatte, und nach Besprechung des am 17. Januar in der „Messource“ stattgefundenen ersten Stiftungsfestes erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Drechsler hielten am Abend des 11. Januar eine mäßig besuchte öffentliche Versammlung ab, in welcher als Hauptpunkt der umfangreichen Tagesordnung ein Vortrag des Kollegen G. Legien aus Hamburg über den „Organisationsentwurf der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ und in Verbindung damit ein Bericht über die Halberstädter Konferenz zur Verhandlung stand. Vorher gab der Vertrauensmann die Abrechnung und der Delegirte der Streik-Kontrollkommission den eingehenden Bericht über dieselbe. Es wurden

Insgesamt eingenommen in der Zeit vom 25. Mai bis zum 31. Dezember 1891: 275,94 M.; ausgegeben 240,62 M.; Bestand 26,02 M.; die Sperrde der Hannoverschen Fabrik erforderte: Einnahme 371,80 M.; Ausgabe 318,71 M.; dem Kassirer wird einhellig Decharge erteilt. C. Legien sprach darauf in 30minütigen Vorträgen unter dem Beifall der Versammelten über das schon erwähnte Thema. Er rühmte die Segnungen der Gewerkschaftsorganisation und versicherte, daß noch niemals deren Mitgliederzahl eine so große gewesen sei als jetzt, trotz der schlechten Geschäftskonjunktur. Er könne nicht begreifen, wie man demgegenüber noch für Lokalorganisationen sich erwärmen, wie speziell die Berliner Drechsler teilweise sich für solche begeistern könnten. Man könne unter der Zentralorganisation dasselbe erreichen wie unter der vielgerühmten lokalen und lediglich Selbsttäuschung sei es mit der angeblichen größeren Bewegungsfreiheit der Letzteren. Alles zentralisiere sich und die Lokalorganisation sei für den ungeklärten Genossen heute schon ein überwundener Standpunkt. Von 350 000 organisierten Arbeitern in Deutschland seien nur 73 000 lokal, die überwältigende Mehrheit von 277 000 aber zentralorganisiert. Das Vertrauensmänner-System der Lokalorganisation biete den Kollegen so wenig Garantie gegen etwaige Auflösung wie die Zentralisation. Eine Ersparnis finde in der Verwaltung der lokalen Organisation ebenso wenig statt. Für die erstrebte politische Tätigkeit habe man die Parteiorganisation. Uebrigens gehe die Entwicklung zur Sozialisierung der Gesellschaft unaufhaltsam ihren eisernen Gang der natur- und menschengesellschaftlichen Notwendigkeit und weder die Stürmer auf unserer, der Arbeiterseite, noch die böswilligen Bremsen auf der anderen, der Seite der Reaktionsäre und Selbstlinge aller Schattierungen, vermöchten auch nur den allernächsten Einfluß auf Beschleunigung oder Hemmung dieses Ganges auszuüben. Redner gab darauf in großen Zügen auf Grund der bekannten Broschüre ein lebendiges und anschauliches Bild der von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands geplanten Union. Die Organisation habe sich zunächst auf gewerkschaftlichem Gebiete aufzubauen. Die erste Frage einer wirksamen Praxis müsse sein: „Wie ziehen wir die indifferenten Kräfte heran?“ Dies müsse zunächst zur Branchen-Organisation führen. Die zweite Frage laute alsdann: „Wie organisieren wir uns nach dem Vereinsgesetz?“ Wir haben hier den Spielraum, uns in zentralisierter Form zu verbinden und dies sei für unsere Bewegung erforderlich, weil ohne die Zentralisation auf dem Gewerkschaftsgebiete keine ausreichenden Erfolge zu erzielen seien. Dann müsse ein Kartellverein gebildet werden. So nur könne man am Ende dem vereinigten Kapital entgegenzutreten und nach englischem Vorbild der Vereinerung der Massen wirksam entgegen arbeiten. (Beifall.) Die Kol. Hildebrand und Wenzel traten dagegen lebhaft für die Lokalorganisation ein. Sie hielten dieselbe unter den heutigen Verhältnissen für die zur wirksamen Agitation unter den Indifferenten sowohl als den in der Erkenntnis ihrer Klassenlage Fortgeschrittenen beste. Man komme durch die Zentralisation in die Lage, niemals mehr ein politisches Thema diskutieren zu können. Die Segnungen eines noch in blauer Luft stehenden Kartells der gewerkschaftlichen Brudervereine seien viel zu rasig gemalt worden. Die Referent könne man in vielen Branchen gar nicht mehr unterlagen, wolle man nicht am Ende selber betreten geben. Man solle nicht ein kleines, auf den Felsen der ersten Ueberzeugung aufgebautes Haus niederreißen, um ein Rabenschloß auf losen Sand zu bauen. (Lebhafte Zustimmung.) Nach einer Entgegnung Legiens wurde folgende Resolution mit großer Majorität angenommen:

Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie hält an dem Ziel der Vereinerung der wirtschaftlichen Verhältnisse für die große Masse der Arbeiter fest und findet die Organisation derselben für notwendig, da die bisher bestehenden Verbindungen keineswegs sich als ausreichend bewiesen haben. Die Versammlung erklärt es für die Pflicht einer jeden Vereinigung, auf dem stehenden Gewerkschaftskongress vertreten zu sein, um mit für einen Organisationsentwurf zu arbeiten, durch welchen der Arbeiter bei der immer schneller fortschreitenden wirtschaftlichen Krise vor Degradierung bewahrt wird. Sie setzt das Vertrauen in alle Arbeiterverbindungen, daß sie sich dem angenommenen Beschlusse des Kongresses fügen werden, damit für fernerehin die Kämpfe der Arbeiter nicht durch eine Zerstückelung der geistigen und pekuniären Kräfte geschädigt resp. gehemmt werden.

Zu einer öffentlichen Versammlung der Bildhauer hielt am 11. Januar Herr V. Henning einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Freie Wissenschaft und freies Denken“, an welchen sich ein interessanter Disput zwischen dem Vortragenden und Herrn Dupont schloß. Es wurde sodann beschlossen, die öffentliche Kommission nur noch aus fünf Mitgliedern bestehen zu lassen. Ausgeschlossen ist von den bisherigen sieben Mitgliedern der Kommission verläßlich Herr Storck und wird ein weiteres ausscheiden, wenn ein sich zur Zeit im Krankenbette befindliches Mitglied derselben dieses verläßt. Nach dem hierauf von Herrn Christen gegebenen Rechenschaftsbericht betrug die Einnahme der Kommission vom 1. Juni bis Ende Dezember 1891 mit Einschluß eines am 1. Juni vorhandenen Bestandes 724,40 Mark, die Ausgabe 889,16 Mark, so daß ein Bestand am 1. Januar von 835,24 M. verblieb. Dem Kassirer wurde Decharge erteilt und darauf den freistehenden Buchdruckern 100 M. überwiesen. Als vierter Punkt stand auf der Tagesordnung: Diskussion über das Kontrollkomitee-System. Herr Storck erklärte, dieser Punkt sei mit auf die Tagesordnung gekommen, weil man mit der Unterstützung der Arbeiter, wie sie das Marxensystem und Ähnliches bedinge, als Konsument schlechte Erfahrungen gemacht habe. In ähnlichem Sinne äußerte sich Herr Dupont. Zur Fällung eines abschließenden Urteils hielten die verschiedenen Redner Ort und Zeit nicht für geeignet und wurde die Versammlung, ohne ein solches Urteil abzugeben, geschlossen, nachdem noch zu reger Beteiligung an den Sammlungen für die Streik-Kontrollkommission aufgefordert worden war.

Die Glaser hatten sich am 12. Januar versammelt, um zunächst einen Vortrag des Herrn Dr. Pinn über Kirche und Humanität anzuhören. Der Redner fand lebhaften Beifall. Es wurde dann in Bezug auf den Unterstützungsfonds folgende Resolution gegen eine Stimme beschlossen: „In Anbetracht, daß der Unterstützungsfonds nicht das werden kann, was er dem Namen nach sein müßte, den angeammelten Fonds als Generalfonds zu betrachten und im Allgemeinen keine Unterstützung daraus zu bezahlen, eventuell bei dringenden Fällen und nur auf Vorschlag einer Versammlung.“ Gleichfalls gegen eine Stimme bewilligte man unter Beifall den ausstehenden Buchdruckern und Buchdrucker-Hilfsarbeitern aus dem Unterstützungsfonds 20 M. Nachdem von einem Mitgliede die trüben Verhältnisse in einer Berliner Bleiwerkstätte (lange Arbeitszeit, überhitzte Temperatur, schlechtes Licht, ungebeurer Dreck und Bleidunst und unzulängliches Benehmen des Unternehmers) eingehend und drastisch geschildert worden und dann noch eine aus sieben Personen bestehende Kommission zur Bearbeitung der Anträge zum Verbandstage gewählt worden, schloß die harmonisch verlaufene Versammlung.

Im Fachverein der Lederarbeiter sprach am Montag Abend Dr. Lütgenau über das Thema: „Eugen Richter und der Kalbsbraten“. Referent führte aus: Er wolle Richter's „Sozialdemokratische Zukunftsbilder“ behandeln, in denen ein Kalbsbraten eine Rolle spiele. Wenn man Richter unbeachtet lasse, so sage er: die Sozialdemokraten sind feige und wissen nichts zu antworten; wenn man ihn bekämpfe, renommeire er dagegen: Ich bin der Sozialdemokraten offenbar sehr unbehagen und gefährlich. Die „Sozialdemokratischen Zukunftsbilder“ verdienten nur als Probe der Intelligenz unseres Bürgerthums Beachtung. In Wirklichkeit treffe Richter's Kritik in allen ent-

scheidenden Punkten die kapitalistische Gesellschaft. Die Erzählung von dem „historischen Kalbsbraten“, um den es aber gar nicht zu thun ist, sondern darum, daß wir ihn in der Familie essen“, spiegelte wohl hübsch das Empfinden vieler Kleinbürgerkreise wieder. Allein, um den Kalbsbraten essen zu können, muß man ihn haben; habe man ihn nicht, so könne man ihn auch nicht einmal „in der Familie“ essen. Der Handwerkermeister komme aber dem Kalbsbraten gegenüber immer mehr in die Lage jener Heuter'schen Person, die erzählte: „Nichts Fleisch im Plumen ist ein schön Gericht, bloß ich krieg et man nicht.“ Der Kalbsbraten wird der „historische Kalbsbraten“, nur etwas anders verstanden, als von Richter. Redner ging sodann näher auf Richter's Vermehrungen der kapitalistischen und der sozialistischen Begriffe und Einrichtungen ein, erörterte ausführlich ökonomisch und psychologisch Wesen, Bedingungen und Grenzen der Freiheit, wobei er jeden Satz ebenfalls an die Adresse der Anarchisten wie an die der Freikämpfer richtete, und hob hervor, daß wohl jeder Satz der Richter'schen Broschüre auch von einem Konservativen geschrieben sein könnte, die Gegenpartei würden fortwährend mehr eine gleichartige reaktionäre Masse. Zum Schluß wies Referent auf die Schrift Mehring's hin, die Richter's Hinrichtung vollziehe, wolle diesem aber als Hinderndem noch eine Portion seines geliebten Kalbsbratens zubilligen. An den beifällig aufgenommenen Vortrag knüpfte sich

eine längere, zustimmende Debatte. Herr Henke besprach die Zwecklosigkeit der Frage nach dem Zukunftsaute, erwartete aber von dem moralischen Fortschritte in den sozialistischen Gesellschaften, daß man gewisse Dienstleistungen von Anderen nicht mehr begehren werde. Herr Schmidt kritisierte Richter in einigen Punkten und Herr Lange ging auf Arbeiterinnenlöhne und Proletarisierung der Kleinmeister ein. Darauf hielt der Referent ein eindringliches Schlußwort.

### Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Zustellung beizufügen. Brieflich Antwort wird nicht erteilt.

W. M. Ihr Schreiben ist dem Vorstand des Arbeiter-Sängerbundes zur Erwägung übergeben.

St. Bern. Besten Dank, leider veraltet.

R. Köln. Von dem Artikel hier nichts bekannt.

Für die Arbeiter-Bildungsschule: Vom Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend 800 M., von der Ethischen Gesellschaft 100 M., Jahresbeitrag der Freireligiösen Gemeinde 50 M., von Herrn Dr. Vorchard 24 M., G. F. 10 M. erhalten.

S. C. Sumpel, Darmstadt 42.

### 2. Ziehung der 1. Klasse 186. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 13. Januar 1892, Nachmittags.  
 Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.  
 (Ohne Gewähr.)

1 167 249 501 465 719 894	1122 224 50 391 591 615 743 (100) 69
2012 83 255 88 354 408 57 545 75 623 63 (100) 805 10 27 61 923 309 9	
144 83 385 412 51 (100) 83 565 70 812 1100 81 953 4075 38 190 218	
523 618 78 8 6 966 5048 445 61 514 97 692 (100) 708 21 54 72 32 891	
919 46 69 77 (100) 85 6128 421 95 514 66 695 635 727 (150) 80 963	
7063 327 442 (100) 510 65 669 79 907 63 8010 35 43 122 240 (10) 4 633	
667 823 28 88 838 980 9005 35 293 382 427 511 (150) 77 762 890 29	
62 913 27	
110261 870 80 410 25 554 660 732 893 97 11010 49 101 300 (100) 18	
359 543 79 793 97 13032 160 490 696 737 47 79 308 57 61 96	
11312 214 385 480 (100) 5 57 67 69 643 14011 284 94 430 61 74 71	
1104 879 218 61 (100) 57 15 654 174 223 424 814 28 730 (100) 18101	
343 402 554 943 17288 453 94 841 953 18225 95 461 69 546 690 95	
935 66 19029 83 178 257 880 501 18 67 790 880 85 918 (100) 96 55 79	
20033 116 51 231 71 712 16 29 85 811 929 21076 100 559 674	
746 93 (150) 886 938 44 22057 115 31 76 98 (100) 353 421 35 626 (150) 32	
70 778 894 (100) 25021 38 (100) 192 256 (100) 463 305 624 38 1	
72 38 953 63 24143 212 322 27 58 89 481 (100) 521 97 652 734 90 1	
45062 75 117 218 907 644 63 808 96 951 (100) 81 22077 148 224 321	
472 516 634 42 786 875 944 27018 181 292 (100) 54 71 333 77 691	
717 289 6 82 84 170 322 490 578 (100) 767 831 94 904 20030 48 68	
85 (100) 137 76 204 77 321 675 702 (150) 961 96	
30 37 337 443 615 78 816 (100) 905 17 (100) 18 43 62 (150) 21257	
467 538 (10) 30 785 899 940 (100) 89 30 54 138 241 352 73 403 36	
541 63 632 726 810 17 45 949 65 33178 240 83 399 427 88 531 661	
702 80 837 953 61 97 34311 495 327 353 35036 149 95 268 89 1	
317 49 616 (100) 28 965 (100) 977 30026 235 79 410 31 44 392 94 638	
735 (150) 916 96 37048 56 62 292 (100) 397 30 429 92 536 7-9 92 97-9	
381 29 (100) 286 308 443 665 14 745 889 916 49 68 39008 186 256 78	
305 77 (100) 4 29 431 633 7 96 773 (150) 824 930	
40072 2 39 537 38 698 872 222 41000 58 68 95 324 92 470 557	
879 95 420 835 (50000) 109 009 714 43 64 43116 261 342 509 38 62	
75 677 707 842 914 96 96 44006 (100) 494 95 325 97 614 (100) 18 21	
709 995 45100 2-1 361 63 423 701 807 (100) 20 40208 (100) 58 475	
89 669 (10) 94 661 63 736 47 91 909 47126 37 232 (100) 53 63 399	
599 628 72 87 854 95 911 38 82 48020 48 58 372 92 498 89 594 16	
698 777 966 37 49033 36 144 (100) 301 42 544 (300) 61 692 722 900	
50004 297 579 687 724 63 952 69 51144 85 206 18 91 487 528	
784 98 (100) 52535 495 711 (100) 824 50 931 (150) 39 53006 50 86	
96 307 338 51 67 45 525 98 673 51 87 44 49 977 54005 88 510 7	
404 652 (100) 39 71 755 55029 24 126 222 363 91 403 14 95 535 631	
81 97 56033 112 20 82 90 314 35 44 99 956 636 63 93 956	
57119 57 (100) 292 544 662 824 999 58113 26 (300) 94 248 65 301 14	
42 67 648 827 36 81 59 111 384 450 (300) 75 648 846 83 969	
00015 57 65 93 100 (100) 88 209 70 307 27 35 79 401 16 71 658	
758 6 8 5 917 35 61005 65 315 436 56 85 788 804 (100) 62010 (150)	
47 189 278 369 498 641 93 634 90 706 63014 76 291 310 13 (100) 565	
631 917 18 96 104015 62 171 362 437 72 75 615 (100) 91 619 775 78	
829 992 63128 (150) 75 393 432 497 517 37 621 549 302 41 68073 521	
616 735 96 996 32 67011 63 94 106 457 539 738 839 68117 45 84	
294 325 428 514 60 898 787 894 69028 256 1300 81 274 311 479 570	
608 735 853	
70236 48 547 705 63 875 923 71201 436 557 834 59 955 (500)	
72102 54 214 223 679 70 887 78104 41 239 400 30 34 612 41 61 85	
849 74981 144 51 218 23 24 642 755 813 76075 174 436 40 89 512	
15 (100) 30 53 632 847 95 76534 35 893 335 77015 163 415 594 712	
1100 523 29 78148 26 25 415 650 93 784 801 91 79333 68 284 89	
404 516 58 745 889 94 277	
88 81073 123 63 468 514 61 84 6 34 31 11 (150) 730 92 836 30 (100)	
68 10072 73 104 93 366 (150) 16 33 31 37 415 79 521 617 868 882	
89 (100) 117 267 87 97 381 617 767 889 88087 67 91 146 271 338 652	
322 718 69 808 39 79 84904 16 (100) 81 83 127 30 203 423 58 654	
153 77 85128 229 431 520 29 37 782 877 (100) 85 80010 147 438 589	
97 645 81 76 92 9 9 87045 116 314 29 65 425 92 (150) 553 66 881 83	
329 213 61 97 97 977 999 28 89 80064 143 78 (100) 99 203 65 449 531	
783 (150) 898 976	

### 2. Ziehung der 1. Klasse 186. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 13. Januar 1892, Nachmittags.  
 Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.  
 (Ohne Gewähr.)

33 125 29 36 64 294 436 75 525 97 709 64 65 93 896 (150) 1008
147 80 (100) 93 312 572 112 (100) 99 709 805 97 2038 132 212 334 406
44 034 609 701 (100) 11 86 3007 66 105 384 608 862 790 4059 81 134
67 452 70 527 32 718 49 803 5096 96 179 80 470 615 82 99 774
826 947 67 96 1161 (100) 350 601 952 83 7 11 117 89 274 387 430 74
538 118 719 71 (150) 9 6 828 38 979 89 8 58 177 93 326 92 404 54 64
5 4 84 (100) 659 753 922 66 92226 66 301 (100) 41 422 26 28 519 49
683 318 909
*0302 92 419 (150) 99 524 (100) 35 73 637 780 851 58 78 952 11016
19 74 125 95 214 321 619 765 814 76 12324 376 621 32 993 13239
66 353 63 609 941 855 97 982 14207 307 559 611 47 73 81 84 85 735
86 (100) 62 823 45106 232 59 (100) 10 97 315 422 583 94 685 810 32 61
10 05 627 (300) 10041 26 120 313 533 934 (100) 15051 94 136 261
411 (100) 667 91 723 26 18221 28 326 345 589 721 931 10111 81 222
93 711 31 26
20078 92 126 42 612 47 85 615 82 84 704 13 19 806 21005 107
26 230 64 409 76 529 326 910 32 9 2045 184 248 46 95 61 71 519
76 658 721 859 961 96 23229 90 300 65 78 412 541 637 74 883
240 8 72 656 817 65 (100) 953 25109 351 516 (100) 612 843 2011
2 4 319 55 434 74 84 116 2712 (200) 281 428 41 63 689 87 (100) 705 56
819 58 216 27 29004 172 352 72 44 547 678 757 96 889 20242 30
536 746 807
30077 143 57 212 18 634 77 6 36 816 997 31102 20 346 65 524
619 71 771 849 9 79 88 32005 3 341 625 92 722 881 912 43 33011
214 (200) 69 372 (100) 87 564 95 629 707 (150) 949 34094 114 216 310
59 65 356 445 605 39 69 87 789 899 981 35 35105 286 326 464 589
99 417 784 878 932 30119 208 312 (100) 68 484 517 30 39 56 624 9
884 959 37194 296 468 7 7 41 837 39 88049 121 44 77 295 528 50
6 37 38 704 824 39037 345 67 74 326 419 93 789 875 85 88 951
40171 265 361 429 997 663 66 831 74 941 97 41364 411 54 63
792 44 (150) 863 981 421 14 54 78 236 17 314 421 42 47 826 93 217
66 43021 823 44 46 635 37 75 778 43083 87 86 298 493 383 675
86 (100) 726 828 45106 232 59 (100) 10 97 315 422 583 94 685 810 32 61
53 46112 77 87 331 435 917 35 719 30 823 397 4711 36 48 428
582 88 94 631 721 890 71 (100) 921 48 73 257 391 411 (200) 597 814
60 925 45 73 49024 125 302 601 76 85 86 974
50110 271 437 663 63 91 712 25 804 944 51172 319 412 509 75
293 714 30 89 927 58296 (100) 82 317 90 675 792 891 971 72 631016
67 359 457 72 95 335 4 1000 727 54003 156 269 (100) 18 71 87 97
416 908 811 65 85 914 391 44 427 64 56 390 41 157 279 96 319 447
770 890 57045 49 50 133 112 427 19 81 689 955 58 465 165 28 292
431 830 52 995 59024 66 315 454 (100) 623 29 97 78 53 223
03060 344 457 61193 67 8 95 204 42 58 348 487 457 (200) 807
24 36 62180 1 3 3 5 61 (100) 745 919 45 5 919 33 68394 44 194
270 693 744 904 64890 148 (200) 373 442 827 65184 391 409 15 28
659 941 60231 704 837 (700) 222 54 74 347 48 501 27 825 34 39
982 68559 231 64 377 612 651 94 889 997 69046 87 99 105 83 87
240 83 396 63 712
70012 24 81 255 443 504 980 89 71094 171 230 42 (100) 88 467
(100) 652 641 705 76 846 78015 131 417 869 74 78169 74 (100) 348
21 44 98 (100) 619 49 91 924 34 74 307 138 361 529 40 627 31 947
75006 141 60 227 (150) 310 15 66 99 403 96 (150) 608 617 745 52 96
951 76092 153 58 220 65 (100) 568 629 (100) 732 71 808 27008 79
316 434 59 73 92 97 71 616 845 67 905 78 93 78039 (100) 380 608
26 780 72 87 872 903 51 79288 36 664 75 740 952 57
80120 89 216 46 337 530 63 706 38 86 786 81062 129 203 416 36
772 (100) 880 929 44 88089 104 26 219 368 446 46 61 70 842 66
86326 25 60 775 802 9 956 82 84182 216 63 (150) 337 40 469 507